Nr. 164 — Halle (Saale), Mittwoch den 16. Juli 1913 — 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1.65 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Harz 40/41. Fernsprecher 806. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Nonpareillezeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter dem Strich das Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Harz 40/41. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Was ist die nationalliberale Partei?

Die Stichwahlparole der nationalliberalen Partei im Wahlkreise Jüterbog-Luckenwalde zugunsten des Reaktionärs hat selbst bei ihren nächsten Freunden und Bundesgenossen, den Fortschrittlern, verblüfft durch die scheinbare Inkonsequenz und die Schädigung der „liberalen" Interessen, die von der Partei angeblich im Reichstage vertreten werden. Eine Mischung von Erstaunen und Unwillen kommt in den liberalen Besprechungen darüber zum Ausdruck, daß trotz der Situation, die sich im Reichstage seit der Begründung des schwarz-blauen Blocks im Jahre 1909 und mehr noch seit den Wahlen von 1912 herausgebildet hat, die Nationalliberalen dennoch lieber einem Reaktionär in den Sattel helfen, als die Linke verstärken durch Wahl eines Sozialdemokraten. Einen besonders üblen Eindruck macht dieses Staatsmanöver noch dadurch, daß die nationalliberale Parteileitung mit ihrer Parole zugunsten von Oertzens so lange vorsichtig hinter dem Berge hielt, bis dadurch die sozialdemokratische Stichwahlparole im Wahlkreise Gardelegen-Salzwedel zugunsten des nationalliberalen Dr. Böhme in ihrer Wirkung nicht mehr durchkreuzt werden konnte. Da erst erschien das Manifest, in dem es heißt: „Die Volkspartei hat soeben Parole gegen Herrn v. Oertzen ausgegeben. Demgegenüber halten wir es für selbstverständlich, daß die Nationalliberalen Mann für Mann ihre Stimme dem bürgerlichen Kandidaten zuführen."

Das machte sicher einen sehr unschönen Eindruck. Wer aber den Maßstab programmatischer Grundsatztreue, folgerichtiger Linkstaktik und gesellschaftlicher Wohlanständigkeit an die nationalliberale Staatsmannelei legt, ist offenbar noch befangen in dem naiven Zutrauen zu der parteipolitischen Ideologie, mit der die Nationalliberalen bei festlichen Schaugepränge zu prunken pflegen.

Weil die nationalliberalen sich „national" nennen, sollen sie das „Wohl der gesamten Nation" allen Sonderinteressen voranstellen; weil sie auch noch das Wort „liberal" in ihrem Firmenschild tragen, sollen sie bedingungslos für eine freiheitliche Umgestaltung unseres Verfassungslebens eintreten.

Ach, national und liberal, das ist nur Wischiwaschi! Die Interessen bestimmter Wirtschaftsgruppen der Großkapitalisten, der Großindustrie in erster Linie, in zweiter die des wohlhabenden Mittelstandes in Stadt und Land überhaupt, bestimmen das Verhalten der Partei, die von altersher, unbekümmert um ihre feierlich verkündeten Grundsätze, durch schwankende Augenblickspolitik sich den Spitznamen der Fraktion Drehscheibe verdient hat.

Dem liberalen Gesamtinteresse, das die Begründung einer ausgesprochenen Linkenmajorität im Reichstage verlangt, sollen die Nationalliberalen ins Gesicht geschlagen haben? Ja, für was für freiheitliche Forderungen legen sie sich denn überhaupt tatkräftig ins Zeug? Sind sie Gegner aller Ausnahmegesetze? Wollen sie gleiches Recht für alle? Erstreben sie das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auch für die Einzelstaaten, besonders für Preußen? Sie wollen die Dreiklassenschmach nur modifizieren, zwar sie mildern an einigen Stellen, an einer andern durch Beseitigung der Drittelung in den Urwahlbezirken ihre Wirkung zu ungunsten der Arbeiterschaft aber noch verschlimmern. In den Fragen sozialer Reformen lassen sie sich ins Hintertreffen drängen sogar durch das Zentrum. Sie sind kaum mindere Gegner der Gewerkschaftsbewegung wie die Hetzbrand und Oertel. Wollen sie — von einer Demokratisierung Deutschlands ganz zu schweigen — die Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems? Sie haben sich unterläßlich anbequemt der gottgegebenen Handhabung der Regierungsgeschäfte durch Junker und Bureaukraten. Wenn nur ein paar Kommerzienratstitel, Orden oder Reserveleutnantspatente für sie und ihre Sprößlinge abfallen, sind sie schon zufrieden. Sie sind mit den Blauschwarzen zusammen die Urheber der Lebensmittelteuerung, treiben den Brotwucher allerdings nur „mit Maßen". Und schließlich: sie sind die ausgesprochensten Wortführer für Marinismus, Militarismus und Imperialismus.

Was in aller Welt bleiben denn da noch für Bestrebungen und Forderungen übrig, bei denen die Nationalliberalen gemeinsame Sache machen mit der Sozialdemokratie gegenüber Regierung und Rechtsparteien?

Um wieder auf den konkreten Fall zu kommen, es ist ganz zweifellos, daß in seiner gesamten politischen Auffassung, wie in der Stellung zu den meisten und wichtigsten Einzelfragen der freikonservative Großgrundbesitzer v. Oertzen den Nationalliberalen erheblich näher steht, als ein Sozialdemokrat. Die nationalliberale Parteileitung folgte deshalb ihrem Klasseninstinkte bei Ausgabe ihrer reaktionsfreundlichen Stichwahlparole, die auch sicher von ihren Anhängern „Mann für Mann" befolgt wurde. Ist doch selbst von den Mitgliedern der Fortschrittlichen Volkspartei, entgegen der Stichwahlparole, ungefähr die Hälfte den nämlichen Weg gegangen.

Wohl können sich Situationen herausbilden, die sogar den Nationalliberalen es ratsam erscheinen lassen, mit den Sozialdemokraten zusammen zu stimmen, oder bei Stichwahlen sich für sie zu entscheiden. Der Kampf um die Heeresverstärkung jedoch und selbst die Steuerdebatten hatten die dazu erforderliche Stimmung nicht ausgelöst.

Daß gerade der eine wichtigste Grund, den man als ausschlaggebend für eine nationalliberale Stichwahlparole zugunsten der Sozialdemokratie hätte machen können, daß selbst die Möglichkeit einer Verstärkung der schwachen Linkenmehrheit nicht die erhoffte Wirkung gehabt, spricht mehr als alles andere für die wahre, im eigentlichen Sinne konservative Grundauffassung der Nationalliberalen.

Von rein parteitaktischen Erwägungen aus hätten sicher die Nationalliberalen alles aufbieten müssen, um den Abstimmungsschwerpunkt mehr nach links zu verschieben. Von den 397 Mandaten des Reichstags hatten die drei Linksparteien bisher, je nach der Zurechnung einiger unsicherer Wilden 200 bis 202 Mandate inne, also nur eine ganz knappe Mehrheit. Je stärker die Gesamtzahl der drei Linksparteien wird, um so weniger ist die Mehrheit abhängig von Zufälligkeiten der Präsenzziffer, um so sicherer wird es, daß die Nationalliberalen den Ausschlag geben bei allen Abstimmungen zwischen Links und Rechts. Gingen bei Nachwahlen nur etwa drei Mandate vom links nach rechts hinüber, so würde die Linkenmehrheit zerstört und die nationalliberale Partei aus der ausschlaggebenden Stellung verdrängt sein. In einem so zerklüfteten Parlament, wie der deutsche Reichstag es ist, muß aber gerade eine Mittelpartei alle Anstrengungen machen, um in die ausschlaggebende Stellung zu kommen. Man sollte also zunächst meinen, die nationalliberale Partei müßte sich bei Stichwahlen einzig von dem Bestreben leiten lassen, die Linkenmehrheit zu stärken und deshalb sogar einem Sozialdemokraten ihre Stimme zuwenden, gegenüber einem Vertreter der Rechten, so sauer ihr das auch ankommen mag, natürlich nicht der Sozialdemokratie, sondern ihrer selbst wegen. In diesem Lichte mutet uns denn auch die nationalliberale Oertzenparole wie eine ausgemachte Denunziation an.

Aber gerade weil solchen parteitaktischen Erwägungen entgegen die Nationalliberalen durch die Abstimmung für Oertzen ihre gegenwärtige ausschlaggebende Stellung gefährdet haben, ist ihre Entscheidung um so charakteristischer. Es liegt in ihr der vollgültige Beweis, daß die Partei des Großkapitals und des wohlhabenden Mittelstandes allen parteitaktischen Augenrücksichten zuwider sich doch schließlich durch ihr eigenes Klasseninteresse zu Feindseligkeiten gegen die Klassenkampfpartei des Proletariats treiben läßt.

Das müssen gerade wir Sozialdemokraten zu würdigen wissen. Wie wir der Katze das Mausen und dem Rindvieh das Wiederkauen nicht verargen, brauchen wir uns auch nicht über sozialistenfeindliche Entscheidungen der Fraktion Drehscheibe zu entrüsten. Erst recht nicht dürfen wir jedoch ihr trauen und auf sie bauen. Und wenn diese Erkenntnis sich jetzt noch mehr bei uns vertieft, so wird die reaktionäre Stichwahlparole der Nationalliberalen eine recht heilsame Wirkung hinterlassen.

Die Türken rücken vor.

Die türkischen Truppen haben den Vormarsch auf Bulaio und Tschataldscha begonnen. Sie haben Rodosto und Tschorlu besetzt. Zu Kämpfen ist es nicht gekommen, da sich die bulgarischen Truppen zurückziehen; Bulgarien soll in eine freiwillige Räumung der von ihm noch besetzt gehaltenen türkischen Gebiete eingewilligt haben. Damit dürfte der Zweck des türkischen Vormarsches erreicht sein, denn etwa ernsthaft an eine Wiedereroberung Adrianopels zu denken, dazu ist man in Konstantinopel selbst angesichts der verzweifelten Lage Bulgariens doch wohl nicht wahnwitzig und vermessen genug; dem Geschrei einiger jungtürkischer Blätter nach dem Wiederbesitz Adrianopels kommt weiter keine Bedeutung zu. Man kann es begreifen, meint die Köln. Ztg., daß die türkische Presse darauf drängt, die Umstände möglichst umfassend für die Türkei auszunutzen. Eine Grenze dafür wird aber dort erreicht sein, wo das Vorgehen der türkischen Truppen der Pforte neue internationale Schwierigkeiten zuziehen könnten. Man kann aber damit rechnen, daß die türkischen Staatsmänner Handlungen vermeiden werden, durch die eine Einmischung von dritter Seite herbeigeführt werden könnte."

Daß die Pforte die ihr in ihrem Vorgehen gezogenen Grenzen nicht überschreiten wird, dessen kann man ziemlich sicher sein. So äußerte sich der türkische Botschafter in Wien Hilmi Pascha einem Mitarbeiter der Neuen Freien Presse gegenüber folgendermaßen: Ich kann nur wiederholen, daß wir nicht die Absicht haben, über die uns durch den Londoner Vertrag zukommende Grenzlinie hinauszugehen. Wir wollen die Situation nicht verwickeln. Wir wollen keinen neuen Krieg, aber wir haben wiederholt daran erinnert, daß die diesseits der Grenzlinie gelegenen Gebiete endlich geräumt werden müssen. Die Bulgaren sind aber immer noch saumselig geblieben. Wenn aber die Tribuna sagt, daß die Mächte Schritte tun werden, daß die Türkei die abgetretenen Gebiete nicht wieder zurückerobere, so rennt sie offene Türen ein. Denn die Türkei hat nicht die Absicht, es zu tun, und daher sind etwaige Schritte der Mächte ganz überflüssig."

Die übrige Balkanlage ist fast unverändert. Ein Waffenstillstand ist noch nicht abgeschlossen worden, und die Kämpfe sind infolgedessen auch noch nicht völlig eingestellt. Eine Zusage über die sofortige Niederlegung der Waffen ist, der Kölnischen Zeitung zufolge, bisher weder von serbischer noch von griechischer Seite an Rußland oder eine andere Macht erteilt worden. Es scheint, daß sich in Belgrad und in Athen mehr Stimmung für unmittelbare Verhandlungen mit Bulgarien geltend macht, die aber nach Ansicht weiterer Kreise Griechenlands und Serbiens erst zu beginnen hätten, wenn vorher durch Weiterführung der militärischen Bewegungen die Unterlegenheit Bulgariens völlig klargestellt sei.

Zwischen Rumänien und Bulgarien besteht jetzt der offene Kriegszustand. Die rumänische Regierung hat den bulgarischen Gesandten in Bukarest, den die bulgarische Regierung in ihrer Hilflosigkeit nicht abzurufen wagte, nunmehr den Stuhl vor die Türe gesetzt und nach Hause geschickt; er erhielt seine Pässe zugestellt und hat Bukarest verlassen. Es wird Bulgarien jetzt nichts mehr anderes übrig bleiben, als die rumänischen Forderungen zu bewilligen, wenn es nicht noch in schlimmere Bedrängnis geraten will.

Der rumänische Vormarsch.

Bukarest, 14. Juli. Die rumänischen Truppen haben Warna besetzt. Die rumänische Kavallerie ist in dem Dorfe Spassowa, 25 Meilen von der Grenze, angelangt. In Bulgarien ist „alles ruhig".

London, 14. Juli. Der Morning Post wird aus Odessa gemeldet: Vier rumänische Kreuzer blockierten Rustschuck, Wistowo, Nikropolis und Dampalanka. Es bestätigt sich, daß die kleine bulgarische Flotille von einem Kanonenboot und mehreren Torpedobootszerstörern in den Hafen von Sebastopol geflüchtet ist.

Vor dem Waffenstillstand.

Belgrad, 14. Juli. Nachdem das Oberkommando der Regierung über die militärische Situation Bericht erstattet hat, hat die Regierung den Befehl erteilt, vorläufig keine weitere Offensivbewegung zu unternehmen. Die serbischen Truppen werden vorläufig ihre jetzigen Stellungen behalten, so daß man, wenn auch von keinem offiziellen, so doch von einem taktischen Waffenstillstand reden kann.

Belgrad, 15. Juli. Das Preßbureau meldet: Der gestrige Tag ist mit Ausnahme eines kleinen Scharmützels bei Zajetschar, das aber bald durch das Eingreifen der serbischen Artillerie zum Stillstand gebracht wurde, ohne Kampf verlaufen.

Unmittelbare Friedensverhandlungen?

Wien, 4. Juli. Der Zeit telegraphiert man aus Belgrad, daß Bulgarien in eine unmittelbare Verhandlung mit Serbien und Griechenland einwillige. Serbien und Griechenland seien übereingekommen, die Wasserseite der Struma und des Wardar als Grenze gegen Bulgarien festzulegen. (?)

Was will die Türkei?

Konstantinopel, 15. Juli. Ueber die Absichten der türkischen Armee, die seit gestern von Tschadaldscha westlich im Vormarsch begriffen ist, wird auf der Pforte folgendes mitgeteilt: Die Armee hat Befehl erhalten, „das der Türkei zustehende Gebiet" zu besetzen. Darunter dürfte aber schwerlich die Linie Enos—Midia zu verstehen sein. Die Truppen werden vielmehr wahrscheinlich bis an den Ergene vorrücken, damit sie dann eine natürliche Grenze — als solche kann Enos—Midia nicht bezeichnet werden — erreicht hätten.

Die Schrecken des Krieges.

Sofia, 15. Juli. (Agence Bulgare.) Der Bürgermeister von Drama berichtet, daß die griechischen Truppen Pravitsch besetzten und die ganze bulgarische und muselmanische Bevölkerung niedermetzelten. Diejenigen, die sich retten konnten, langten in Drama an und schlugen dann den Weg nach Adrianopel und Philippopel ein. Etwa 50 000 Flüchtlinge ziehen auf den Straßen dahin, ohne Nahrung und ohne jede Habe.

Saloniki, 14. Juli. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Bei der Plünderung und Brandlegung durch die Bulgaren in der Stadt Serres wurde auch das Haus des österreichisch-ungarischen Konsuls geplündert und verbrannt, ohne daß die Fahne respektiert wurde. Das italienische Konsulat wurde geplündert. Mit Ausnahme der Kaserne, des Regierungsgebäudes und des Telegraphenamtes wurden die meisten öffentlichen Gebäude eingeäschert.

In der Verübung von Grausamkeiten und in der bestialischen Kriegsführung scheinen die Balkanvölker einander alle „gleichwertig" zu sein!

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 15. Juli 1913

Konservative und Alldeutsche.

Die Schlesische Volkszeitung brachte einen Artikel, der darauf hinauslief, daß sich die Konservativen immer mehr und mehr radikal-alldeutschen Ideen zuneigen. In dem Artikel wird der General Keim als der „erste große Deutsche" (!) bezeichnet, den wir seit Bismarcks Zeiten gehabt hätten, und der logischerweise mit dem Amte des Reichskanzlers (!) betraut werden sollte.

Diese Aussicht ist der Kreuzzeitung etwas zu starker Tabak, und deshalb wendet sie sich mit bemerkenswerter Schärfe dagegen, daß Konservative und Alldeutsche in so enge Verbindung gebracht werden. Das Junkerblatt legt eingehend dar, daß zwar innerhalb der konservativen Partei Anhänger der alldeutschen Ideen vorhanden sind, daß aber die Partei selbst dafür nicht verantwortlich gemacht werden dürfe. Denn mit der konservativen Partei habe der Alldeutsche Verband nicht das geringste zu tun. Das Blatt führt dann weiter aus:

„Ein organisatorischer Zusammenhang besteht selbstverständlich nicht, aber auch kein persönlicher, wie so häufig

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130716-16/fragment/page=0001

zwischen Bewegungen, die politisch einander nahestehen. Die Führer der konservativen Partei sind in der alldeutschen Bewegung niemals hervorgetreten, ebensowenig die alldeutschen Führer in der konservativen Bewegung. Als die Vorstandsmitglieder des Alldeutschen Verbandes Hasse und Lehr dem Reichstage angehörten, saßen sie in der nationalliberalen Fraktion. Gewiß wird es vorkommen, daß in einzelnen alldeutschen Ortsgruppen auch konservative Männer tätig sind, genau wie im Ostmarkenverein, der Kolonialgesellschaft und anderen nationalen Verbänden."

Diese Abschüttelung der Alldeutschen läßt an Deutlichkeit in der Tat nichts zu wünschen übrig. Die Annahme der Militärvorlage, deren Urheberschaft sich die Alldeutschen bekanntlich zuschreiben, scheint diesen Leuten den Kopf vollständig verdreht zu haben, so daß man es verstehen kann, wenn jede ernsthafte Partei es ablehnt, mit dieser Gruppe unverantwortlicher Hetzer in Verbindung gebracht zu werden. — So fern, wie sie sich den Anschein geben, stehen indessen die Konservativen den Alldeutschen doch nicht: wer der Regierung die ungeheuerlichsten Militärforderungen bereitwilligst bewilligt, der fördert das Rüstungstreiben der Alldeutschen unmittelbar. Insofern ist, wie alle anderen bürgerlichen Parteien, auch die konservative mitverantwortlich für das an Größenwahn grenzende Gebaren unserer Alldeutschen.

Die preußische Kolonisation in Nordschleswig.

Wie aus Nordschleswig mitgeteilt wird, ist die Angelegenheit der Absperrung des Kreises Sonderburg von reichsdänischen Touristen in eine neue Phase getreten. Der Grund hierzu ist das letzte Verbot des Landrats Schönberg, nach dem ein dänischer Dampfer im dortigen Hafen keine Passagiere an Bord nehmen durfte. Dieser letzte Schritt bedeutet nämlich einen Verstoß gegen die zwischen den beiden Ländern bestehenden Seehandelsvereinbarungen. Natürlicherweise hat dieser Rechtsbruch die Gemüter auf beiden Seiten der Grenze noch stärker in Erregung versetzt, und nach den Meldungen reichsdänischer Blätter hat jetzt das dänische Ministerium des Äußeren Veranlassung genommen, einzuschreiten. Wenn dieser Schritt zunächst eine Folge der wachsenden Erregung im dänischen Volke ist, so ist er zweifellos auch in Verbindung zu bringen mit dem nahe bevorstehenden Besuch Wilhelms II. beim dänischen Hofe. — Uebrigens haben die Teilnehmer an dem Ausflug nach Dänemark, den der Sonderburger Landrat durch sein Verbot verhindern wollte, den preußischen Behörden doch ein Schnippchen geschlagen. Da das Verbot nur den Kreis Sonderburg umfaßte, beorderte man stillschweigend den dänischen Dampfer nach Apenrade. Und bevor die dortigen Behörden überhaupt zur Besinnung kamen, war die Einschiffung vollzogen und der Dampfer schon mit Volldampf auf dem Rückwege. Die preußischen Dänenfresser aber hatten das Nachsehen.

Feinde des Arbeiterschutzes.

Eine Korrespondenz meldet: „Für die im September in Bern stattfindende internationale Konferenz zur Förderung des gesetzlichen Arbeiterschutzes werden zwei Punkte zur internationalen Regelung vorgeschlagen: Festsetzung eines zehnstündigen Höchstarbeitstages für Frauen und Jugendliche bis zu 18 Jahren und ein Verbot der Nachtarbeit Jugendlicher. Deutschland hat für die Arbeitszeit Jugendlicher bereits jetzt gesetzliche Bestimmungen eingeführt, die weiter gehen als die Schutzbestimmungen der meisten anderen Länder. Jugendliche zwischen dem 14. und 16. Lebensjahre dürfen nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden, und die Arbeitsstunden dürfen nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und nicht über 8 Uhr abends dauern. Ein Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche und ein zehnstündiger Höchstarbeitstag für Jugendliche sind also in Deutschland bereits eingeführt. Ebenso ist durch die Novelle vom Jahre 1908 auch für Arbeiterinnen ein Höchstarbeitstag von zehn Stunden gesetzlich festgelegt. Unser Arbeiterschutz weicht mithin von den Forderungen, die auf der nächsten Konferenz in Bern erörtert werden sollen, nur in einem Punkte ab, der Altersgrenze für Jugendliche. In den Kreisen der deutschen Arbeitgeber hält man die für die Konferenz vorgeschlagene Heraufsetzung der Altersgrenze für Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahre wohl durchweg als untunlich. Es erscheint also zweifelhaft, ob Deutschland in der Lage sein wird, einem solchen Beschlusse der Konferenz, falls er gefaßt wird, Folge zu geben."

Damit soll gewiß das Signal gegeben sein, gegen den geplanten weiteren Arbeiterschutz Jugendlicher zu agitieren. Eine solche Agitation würde das deutsche Unternehmertum und dessen Arbeiterfreundlichkeit treffend charakterisieren!

Deutsches Reich.

— **Die neueste Prinzenrede.** Auf dem Abgeordnetentage des Deutschen Kriegerbundes, der gegenwärtig in Breslau zur Beratung versammelt ist, erschien auch der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, der es bekanntlich bereits bis zum preußischen Landrat gebracht hat, und hielt dort ganz selbstverständlich eine Rede. In dieser Rede bezeichnete er den Deutschen Kriegerbund als ein „starkes Bollwerk gegen die Mächte des Umsturzes", „die aufs schärfste bekämpft werden müßten". Der prinzliche Redner wünschte, daß die diesjährigen Beratungen dazu beitragen mögen, daß die Kriegervereine weiter in diesem Sinne wirken.

Wie weit es mit der Wirksamkeit der Kriegervereine her ist, das erhellt aus einer Zuschrift über die Wahlniederlage in Zauch-Belzig, die der freikonservative Post zugegangen ist. Der Verfasser dieser Zuschrift meint u. a.:

„Wenn beispielsweise in einem abgeschlossenen ländlichen Orte unter 54 abgegebenen Stimmen 18 rote sind, noch dazu in einer Gemeinde mit einem Kriegervereine, der doch Vorbeugungsmittel gegen die rote Seuche zu sein pflegt, so gibt das zu denken."

Vor der „roten Seuche" und dem „Umsturz" ist eben nichts sicher, nicht einmal das „Bollwerk" der Kriegervereinler. Daß es so ist, daran vermögen auch die anfeuernsten Kaiser- und Prinzenreden nichts zu ändern. Im Gegenteil. An Eifer in der Bekämpfung der Sozialdemokratie lassen es die Kriegervereine ganz gewiß nicht fehlen; aber im umgekehrten Verhältnis zu diesem Eifer steht der Erfolg, den sie erzielen.

— **Der Untergang des Torpedoboots** 178 war am Sonnabend Gegenstand einer Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht der Hochseeflotte in Wilhelmshaven. Wegen Fahrlässigkeit im Dienst angeklagt war der Kapitänleutnant Löwe, der dieserhalb bereits am 26. April vom Kriegsgericht der Aufklärungsschiffe in Kiel freigesprochen war. Die Verhandlung ergab, daß, als der Angeklagte als Wachoffizier des Kreuzers York am 4. März nach Beendigung der Manöver von der bei Helgoland kreuzenden Torpedobootsflottille das Steuerbordlicht eines zurückgebliebenen Bootes sah, er sofort das Ruder herumlegen und die Maschine zurückgehen ließ; trotzdem ließ sich der Zusammenstoß, bei dem 69 Mann der Besatzung den Tod fanden, nicht vermeiden. Zwei als Sachverständige geladene Konteradmirale gaben ihr Gutachten dahin ab, daß York seine Fahrtrichtung beizubehalten hatte, da keinerlei Gefahr vorlag. Obwohl von dem Angeklagten die zweckentsprechenden Maßnahmen getroffen wurden, sei ihm doch der Vorwurf zu machen, daß er das Torpedoboot nicht durch einen Schuß, Ton mit der Sirene oder dergl. aufmerksam machte. Das Oberkriegsgericht kam nach einer vierstündigen Verhandlung zu einer abermaligen Freisprechung, da seiner Meinung nach den Angeklagten eine Schuld nicht treffen könne.

— **Die Amnestie und die Jugendlichen.** Infolge der Amnestie anläßlich des Regierungsjubiläums Wilhelms II. sind, wie die Frankfurter Zeitung mitteilt, durch die Oberstaatsanwaltschaft 352 jugendlichen bedingt Verurteilten männlichen und weiblichen Geschlechts Gefängnisstrafen von einem Tag bis zu vier Monaten erlassen worden. Den Betreffenden ist am 12. Juli die Mitteilung von ihrer Begnadigung zugegangen.

England.

Die Homerule-Bill vor dem Oberhause. Am Montage brachte Marquis of Crewe im Oberhause die zweite Lesung der Homerule-Bill ein. Er führte aus, daß der Widerstand Ulsters sich hauptsächlich auf ein Gefühl des Hasses gegen die römisch-katholische Kirche stütze. (?) Der Führer der Opposition Lord Lansdowne brachte eine Resolution ein, die erklärt, das Haus lehne es ab, sich mit der Bill zu beschäftigen, bevor sie die Billigung des gesamten Königreichs gefunden habe. Die Grundsätze der Bill seien verabscheuenswert und verderblich. Der Redner schloß: Wenn das Land das Gesetz wünscht, sind wir bereit, es ihm zu geben. Wir bitten die Regierung, die Frage der Beurteilung des Landes zu unterbreiten. Wir sind bereit, uns seiner Entscheidung zu fügen.

Mexiko.

Die revolutionären Wirren nehmen kein Ende, und keine Regierung ist von längerer Dauer. Wie aus der Stadt Mexiko gemeldet wird, hat man eine Verschwörung zur Ermordung Huertas, Blanquets und des Kriegsministers Feliz Diaz entdeckt. Ein Deputierter und zehn andere Personen wurden verhaftet. Sie hatten geplant, Bomben unter die Wagen zu werfen, in denen Huerta, Blanquet und Diaz fuhren. Die Verschwörer sollen Anhänger Zapatas sein.

Auch die amerikafeindlichen Demonstrationen nehmen ständig zu. Studenten, Arbeiter und sogar Schullehrerinnen ersuchen die Regierung um militärische Ausbildung, um für die nationale Existenz Mexikos kämpfen zu können. Der amerikanische Botschafter Wilson protestierte bei der mexikanischen Regierung energisch gegen die Zulassung weiterer antiamerikanischer Demonstrationen. In einem anonymen Schreiben wird gedroht, die amerikanische Botschaft in die Luft zu sprengen. — Der Eindruck, der in Washington vorherrscht, zeigt, daß Huertas Sturz unvermeidlich ist.

China.

Kämpfe zwischen Nord- und Südtruppen. Aus Peking meldet der Daily Telegraph, daß seit Donnerstag zehn Bataillone der Kiangsitruppen unter dem Kommando des abgesetzten Gouverneurs Liliehtschun die strategisch wichtigen Pukauforts nahe Kiekiang am Eingang zum Pojangsee besetzt halten. Am Sonnabend fand ein heftiges Gefecht statt, da die 6. Norddivision versuchte, die Forts zu nehmen. Ueber den Ausgang des Kampfes ist noch nichts Näheres bekannt. Man befürchtet eine allgemeine Erhebung des Jangtsetales. Der Gegensatz zwischen beiden Teilen spitzt sich immer mehr zu, so daß weitere Unruhen befürchtet werden.

Hankau, 15. Juli. Bei Kiukiang ist eine Schlacht zwischen nordchinesischen Truppen und den Truppen von Kiangsi im Gange. Die Nordarmee rüstet sich zur Belagerung der Stadt.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Parteiorganisation Elsaß-Lothringens hält ihre diesjährige Generalversammlung am 19. und 20. Juli 1913 in Schlettstadt ab. Dem Bericht des Landesvorstandes ist zu entnehmen, daß es nicht gelungen ist, die Mitgliederzahl, die im Jahre 1912 auf 6428 angewachsen war, während sie im Jahre 1911 erst 4869, im Jahre 1910 gar nur 3526 betragen hatte, voll zu halten. Sie sank auf 6229, also um 249. Aber dieser Mitgliederrückgang ist nur ein scheinbarer, da unter den organisierten Parteigenossen sich ziemlich viel Bauarbeiter befinden, die vielfach erst im Hochsommer in der Lage sind, ihre aus der Winterszeit her restierenden Beiträge nachzuzahlen. Da die Mitgliederzahl nach den tatsächlich verkauften Beitragsmarken berechnet wird, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die wirkliche Mitgliederzahl eher höher denn niedriger ist als im Vorjahre. Das ergibt sich auch daraus, daß in den Monaten der Berichtsperiode mehr Gelder an die Landes- und an die Hauptkasse abgeführt werden konnten als in den 12 Monaten des vorhergehenden Berichtsjahres. Die Presse hat ebenfalls recht erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Erstmals ist es gelungen, die Straßburger Freie Presse ohne Zuschuß aus Berlin über Wasser zu halten. Bei der Reichstagsersatzwahl in Schlettstadt gelang es zwar nicht, die Stimmenzahl von 1912 zu halten, doch ist dies dem Umstand zuzuschreiben, daß bei der Hauptwahl ein liberaler Kandidat nicht aufgestellt war und infolgedessen viele antiklerikale Wähler für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmten. Dagegen hat die Partei bei den Bezirks- und Kreistagswahlen das zu verteidigende Mandat des Gen. Peirotes in Straßburg glänzend gehalten und dazu noch ein zweites Mandat neu erobert. Auch bei den Gemeinderatserfatzwahlen hat die Partei gut abgeschnitten. In 12 Orten beteiligten sich unsere Genossen an den Nachwahlen mit dem Erfolge, daß 25 sozialdemokratische Kandidaten gewählt wurden. Gerade diese meist den ländlichen Orten eroberten Positionen beweisen, daß die sozialdemokratische Partei auch in Elsaß-Lothringen immer festeren Fuß faßt.

Auf der Generalversammlung des Wahlvereins für Frankfurt a. O.-Lebus wurde vom Wahlkreisvorstand ausgeführt, daß die Entwicklung der Organisation in dem abgelaufenen Geschäftsjahre nicht zufriedenstellend sei, sie komme einer Stagnation gleich. Die Organisation zählt 2150 Mitglieder, darunter 406 weibliche. Bei der Landtagswahl wurden im Kreise in 12 Parteiorten 3448 Stimmen für unsere Partei abgegeben und 94 Wahlmänner gewählt. Das bedeutet gegen 1908 eine Stimmenzunahme von 35 Prozent. Zum Parteitage führte der Vorsitzende aus, er erachte die Frage des Massenstreiks gleichbedeutend der der Maifeier. Bekommen wir die Massen nicht zur Maifeier aus den Fabriken, dann bekommen wir sie auch nicht zum Massenstreik. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Agitation intensiver gestaltet werden müsse, um den Hemmnissen entgegenzuwirken.

Totenliste der Partei.

Am Freitag starb im 52. Lebensjahre der Genosse Hermann Faber aus Oberstein (Fürstentum Birkenfeld) im Heidelberger Samariterhause, wo er Heilung von einem

Das Bezirks-Sängerfest.

Die Arbeitersänger des Bezirks Halle hatten sich am Sonntag im Volkspark zum friedlichen Wettstreit versammelt, der viel Interessantes bot. Aus allen Himmelsrichtungen der Umgebung hatten sich die Vereine zusammengefunden, um einzeln oder zu Massenchören vereinigt, Proben ihrer Kunst zu geben. Es sei gleich voraus bemerkt, daß ein recht befriedigendes Gesamtresultat erreicht wurde. Die Anordnung, daß zugleich im Saal und im Garten musiziert wurde, konnte auf den ersten Blick unglücklich erscheinen, ergab sich aber ganz von selbst als notwendig in Anbetracht der höchst stattlichen Besucherzahl, die an einem Orte gar nicht unterzubringen war. Das Hauptinteresse beanspruchen die Einzelchöre, die im Saal vorgeführt wurden und zu lehrreichen Vergleichen Anlaß boten. Zwei Faktoren sind für die Leistung eines Chors ausschlaggebend, die Sängerschar und der Dirigent. Dieser ist die Seele des Ganzen und von seinen Fähigkeiten wird im wesentlichen das künstlerische Niveau abhängig sein. Ein an sich noch so trefflicher Chor mit einem unfähigen Leiter wird in jedem Fall im Nachteil sein hinter einem mit geringerem Stimmenmaterial ausgestatteten Chor, der von einem künstlerisch durchgebildeten Musiker geführt wird. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Beurteilung ist ferner die Zahl. Bei der leider von Natur vorhandenen Seltenheit wirklich guter Tenöre ist für einen kleinen Chor selbstverständlich die Aussicht in dieser Hinsicht geringer.

Scheiden wir von den Vorträgen des vorgestrigen Konzerts den hiesigen Arbeiter-Sängerchor, dessen ausgezeichnete Leistungen unter der Führung des Kapellmeisters Engelmann bei früherer Gelegenheit wiederholt gewürdigt sind, aus, so schnitten am besten ab der Arbeiter-Sängerchor Merseburg, Völlberg-Wörmlitz und Rietleben unter der Direktion des Bundesdirigenten P. Hahn und die vereinigten Arbeiter-Gesangvereine von Delitzsch, Bitterfeld, Greppin, Holzweißig und Selben unter A. Drechsel. Der erstgenannte, ungefähr 60 Mann, zeichnete sich durch große Lebendigkeit und Frische des Vortrags aus. Sehr gut kam die Steigerung am Schluß heraus. Einige finngemäß angebrachte Verzögerung des sonst durchaus berechtigten flotten Tempos wirkten sicher zur Verstärkung des Eindrucks beigetragen haben. Der starke Beifall entsprach dem Werte der Leistung. Ungefähr auf gleicher Höhe stand der oben an zweiter Stelle genannte Chor (Delitzsch usw.). An Zahl wohl der größte, fiel er zunächst durch die gut entwickelte Höhe der ersten Tenöre auf. Besondere Anerkennung verdient die glückliche Abwägung der einzelnen Silben nach dem gemeinen Wert ihrer Betonung; hierin kann er verschiedenen anderen als vorbildlich genannt werden. Leider fiel der Schluß-Akkord unrein aus. In der Hauptsache günstige Eindrücke hinterließ auch der Männer-Gesangverein Teutschenthal unter Quensel. Gute Einzelheiten in der Ausarbeitung des Vortrags stellten dem Empfinden des Dirigenten ein gutes Zeugnis aus. Ich nenne die charakteristische Wiedergabe der Worte: Und meßt die fünfzehn Schritt! als Beispiel. Auf bessere Betonung der Silben in der Weise, daß unbetonte Silben mehr zurücktreten, ist Wert zu legen. Das Lied der Arbeit, vom Arbeitergesangverein Löbejün vorgetragen, wirkte nicht recht überzeugend; eine Dosis Begeisterung wäre dringend zu wünschen. Der Eilenburger Chor unter E. Lang zeigte in Tord Foleson viel natürlichen, gesunden Vortrag. Der Schluß konnte bei der Zahl der Sänger noch wuchtiger herauskommen.

Die Trotbaer Arbeiter-Liedertafel unter Th. Sterz traf den Volkston recht hübsch. Zwischen Baß und Tenor bestand ein gewisses Mißverhältnis, insofern letzterer im Piano zu wenig Tragfähigkeit des Tones besaß. Mit bemerkenswerter Lebhaftigkeit in den einzelnen Stimmen und deutlicher Aussprache sang der etwa 20 Mann starke Wehlitzer Chor „Freiheit" unter Leitung von A. Thiele. Der erste Tenor trieb stellenweise hoch. Die Vereine von Eisleben, Erdeborn und Schraplau mit Gottschalk als Führer setzten sehr gut im Charakter eines Hymnus ein. Der Ruf: Empor zum Licht! war von eindringlicher Kraft. Der Dirigent war mit Erfolg bestrebt, einen großen, einheitlichen Zug in das Ganze zu bringen, könnte aber gut noch einige kräftigere Akzente setzen, die sich aus dem Text von selbst ergeben. An der Spitze des Hettstedter Freien Sängerchors stand ein würdiger alter Herr, A. Allner, der sich aber als noch recht rüstig erwies und mit schön abschattiertem Vortrag aufwartete. Der Arbeitergesangverein Ammendorf zeigte in der Aussprache allzu große Liebe zur Heimat. Hier sollte der Dirigent, A. Kern, der rein musikalisch sich gut bewährte, für größere Reinheit sorgen. Gute Vertrautheit mit dem Ton des Volksliedes bewiesen die Vereine Diemitz, Dieskau und Passendorf unter P. Hahns Leitung. Jägers Abschied, gesungen vom Allgem. Sängerchor Wittenberg, unter Direktion von G. Ludwig, wurde in der ersten Hälfte der einzelnen Strophen zu wenig zart aufgefaßt. Besser war der zweite Teil. Lobenswert war die energische Rhythmik. Die angekündigte Liedertafel Dölau war nicht vorhanden. Dafür wurde später eingeschoben ein Schkeuditzer Verein.

Eine Errungenschaft jüngeren Datums ist die Verwendung von Frauenstimmen im Arbeiter-Sängerchor. Es ist sehr zu wünschen, daß diese Bewegung lebhafte Unterstützung der beteiligten Kreise findet. Das Gebiet des gemischten Chors ist infolge des größeren Stimmenumfanges weniger begrenzt, als das des Männerchors und bietet mehr Ausdrucksmöglichkeiten. Das gestern Gebotene berechtigt teilweise zu weiteren Hoffnungen. Der gemischte Chor „Vorwärts" Delitzsch-Bitterfeld, von A. Drechsel gut geführt, fiel durch den reinen, klaren Klang auf, der noch veredelt werden kann, wenn der Dirigent einzelnen Frauenstimmen, die durch flache und unedle Tongebung den Gesamteindruck beeinträchtigen, seine besondere Aufmerksamkeit widmet. Einen sehr angenehmen Klang entfaltete der Frauenchor Wittenberg unter G. Ludwig. Größere Leichtigkeit, besonders bei kurzen Noten, ist zu wünschen. Und präzisere Intonation! Statt gleich die richtige Tonhöhe zu treffen, wurde häufig zu tief angesetzt und dann erst in die gewünschte Höhe hinaufgeglitten. Der Frauenchor sah sich zu einer Zugabe, „Nachtgesang", veranlaßt. Weniger erfreulich war der gemischte Chor von Seeben unter P. Kurth. Es ist nicht recht verständlich, warum man Mendelssohns stimmungsvolles Lied „Jägers Abschied" so herunterhastete. Und die Stimmenkultur läßt noch viel zu tun übrig.

Die im Garten vorgeführten Massenchöre ließen eine in Anbetracht der einzigen Gesamtprobe anerkennenswerte Präzision des Zusammengehens erkennen.

Im Saale, besonders in der Nähe des Büfetts, herrschte während des Konzerts nicht immer die wünschenswerte Ruhe, und der Vorsitzende sah sich häufig genötigt, denen, die weniger Interesse am Gesang, als am Biere bekundeten, zu empfehlen, sich in den Garten zu begeben. Leider wurde der gute Rat nicht genügend beachtet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130716-16/fragment/page=0002

heimtückischen Darmleiden suchte. Faber war von Beruf Goldarbeiter. In den 80er Jahren hat Faber als Angestellter des Goldschmiedeverbandes ganz Deutschland bearbeitet; in den 90er Jahren wurde er in Berlin als 1. Arbeitersekretär angestellt. Im Jahre 1899 übernahm er die Redaktion der Königsberger Volkszeitung und von 1900—1906 war er Redakteur des Stettiner Parteiblattes. Dann stellte er sich wieder ganz in den Dienst des Metallarbeiterverbandes und wurde zunächst Geschäftsführer in Porzheim, im Jahre 1907 übernahm er den Geschäftsführerposten in Oberstein. Zur Reichstagswahl 1912 übertrugen ihm die Genossen des Kreises Ottweiler-St. Wendel die Reichstagskandidatur. In Oberstein hatte Faber ein lebhaftes Interesse an der Kommunalpolitik und er wurde im vorigen Jahre mit großer Mehrheit als Stellvertreter des Bürgermeisters gewählt; doch die Regierung bestätigte seine Wahl nicht. Alle, die ihn kannten, werden dem wackeren Kämpfer ein ehrendes Andenken bewahren.

Gewerkschaftliches.

Die Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter

ist beendet. Die Akteure sind wieder in Essen angekommen und schreiben Artikel über den „glänzenden Verlauf" der Generalversammlung. Sie rühmen die „Einigkeit und Geschlossenheit", welche auf der Generalversammlung geherrscht hat.

Die Generalversammlung ist auch programmäßig verlaufen, aber das wußte jeder Kenner der Verhältnisse im voraus. Die Delegierten sind nicht Erwählte der Mitglieder, sondern des Vorstandes. Würden die Delegierten von den Mitgliedern gewählt, wäre also die Möglichkeit vorhanden, daß die Meinung der Mitglieder in der Generalversammlung zum Ausdruck gebracht werden könnte, die Generalversammlung hätte ein anderes Bild geboten.

Mit den Verhandlungen der Generalversammlung und den von derselben gefaßten Beschlüssen sich eingehend zu befassen, ist überflüssig. Dasselbe gilt für die Reden und die oft recht radikalen Phrasen, die hier und dort eingestreut wurden. Aber mit zwei Beschlüssen der Generalversammlung wollen wir uns doch kurz beschäftigen, mit der Stellungnahme zum Ruhrbergarbeiterstreik und mit der Vorstandswahl. Die Generalversammlung hat eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„. . . Insbesondere aber spricht die Generalversammlung dem Hauptvorstande bezw. der Hauptverwaltung ihr volles Vertrauen dafür aus, daß sie beim Ruhrstreik im Frühjahr 1912 gegenüber der arbeiterschädigenden Taktik des Dreibundes die gewerkschaftlichen Grundsätze mit aller Entschiedenheit vertreten haben trotz dem Wüten aller Gegner. Die Generalversammlung ist der Ueberzeugung, daß gerade durch die Haltung des Gewerkvereins das Interesse der Bergarbeiter wahrgenommen wurde, indem dem Gewerkschaftsgedanken, befreit von sozialistischen Nebenzwecken, wieder Geltung für die fernere Zukunft verschafft wurde."

Um diese Resolution richtig würdigen zu können, muß man wissen, daß es dieselben Leute sind, die seinerzeit den Streikbruch beschlossen haben, die also sich und ihren Verführern in Aachen ein Vertrauensvotum erteilten. Mit ganz wenigen Ausnahmen bildete die Versammlung in Aachen dieselben Personen, die vor Beginn des Streiks in Essen beschlossen, den schändlichen Bruderverrat zu begehen. Aber die Resolution enthält noch zwei weitere Unehrlichkeiten: nämlich die Behauptungen, die „Christen" hätten beim Streik 1912 die gewerkschaftlichen Grundsätze vertreten „trotz dem Wüten aller Gegner" und daß durch den Streikbruch der Christen dem Gewerkschaftsgedanken Geltung verschafft wurde. Diese Behauptungen sind charakteristisch für die Moral der christlichen Streikbrecherheiden. Streikbruch gehört nach der Ansicht der Christen zu gewerkschaftlichen Grundsätzen, da wissen die Bergarbeiter also, was sie in Zukunft zu erwarten haben. Die Phrase, durch den Streikbruch sei dem gewerkschaftlichen Gedanken Geltung verschafft worden, ist so absurd, daß es genügt, sie weiteren Kreisen bekannt zu machen.

Aus den sonstigen Aeußerungen christlicher Redner seien nur noch folgende des Redakteurs Imbusch erwähnt:

„Vom sozialdemokratischen Verbande ist zwar noch kürzlich in der für uns beleidigendsten Form jede gemeinsame Arbeit abgelehnt worden. Das ist sehr bedauerlich. Die Arbeiter haben den Schaden von einer solchen durch den Haß gegen uns diktierten Stellungnahme. Wenn der sozialdemokratische Verband ehrlich den Arbeitern dienen will, muß er in wirtschaftlichen Fragen mit uns zusammengehen. An die Mitglieder des genannten Verbandes richte ich die Bitte, eine solche gemeinsame Arbeit in Fragen, über die keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, zu ermöglichen."

Es trifft nicht zu, daß der Bergarbeiterverband aus Haß gegen die Christlichen sich geweigert hat, mit diesen in wirtschaftlichen Fragen zusammenzugehen. Die Leitung des Bergarbeiterverbandes wird stets jeden als Bundesgenossen begrüßen, der ehrlich bestrebt ist, den Bergarbeiterinteressen zu dienen. Aber wer will es ihr verargen, wenn sie ein tiefes Mißtrauen hegt gegen Leute, die zu einem solchen Riesenverrat fähig sind, wie ihn die Christen 1912 im Ruhrgebiet verübt haben. Der Appell Imbuschs an die Verbandsmitglieder ist zwecklos; wie die Generalversammlung des Verbandes in Hannover gezeigt hat, befindet sich die Verbandsleitung in völliger Uebereinstimmung mit den Mitgliedern des Verbandes.

Zur Textilarbeiteraussperrung in Bocholt.

Als seinerzeit die Ruhrbergleute streikten, konnten die christlichen Gewerkschaftsführer sich nicht genug über die „Unfähigkeit" der Führer des freien Bergarbeiterverbandes aufhalten, weil sie angeblich entgegen jeder gewerkschaftlichen Praxis einen Streik zuließen bei einer den statutarischen Erfordernissen nicht entsprechenden Mitgliederzahl der Organisation. Von der Tribüne des Reichstags herab priesen sich die Giesberts und Konsorten als die umsichtigen Leiter von Lohnbewegungen. Schon der Streik der Saarbergleute zeigte die Hohlheit der Giesbertschen Deklamation. Jetzt wird auch der Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes, Reichstagsabg. Schiffer, der damals in dasselbe Horn blies, durch seine eigene Praxis ad absurdum geführt.

Um das durch die Verräterrolle im Krefelder Streik arg mitgenommene Ansehen des christlichen Textilarbeiterverbandes wieder etwas aufzufrischen und dem vorschreitenden Mitgliederschwund entgegen zu wirken, hat der Vorstand des christlichen Verbandes eine Lohnbewegung in Bocholt inszeniert. Bocholt, dicht an der holländischen Grenze gelegen, ist eine ausgesprochene Textilstadt des Münsterlandes mit etwa 27 000 Einwohnern. Die Arbeiter sind gut zentrumskatholisch gesinnt; der Ort gehört zum Wahlkreis des Herrn Schiffer. Die gewerkschaftliche Organisation ist jedoch schwach. Nur 910 Mitglieder zählte der christliche Verband am Schlusse des dritten Quartals 1912. In der folgenden Zeit soll der Mitgliederstand etwas zurückgegangen sein. Der Deutsche Textilarbeiterverband kommt mit seinen 40 Mitgliedern überhaupt nicht in Betracht.

Trotz dieser geringen Mitgliederzahl leitete der christliche Textilarbeiterverband die sich über ganz Bocholt erstreckende Bewegung ein, ließ den Streik beschließen und nahm die Aussperrung auf. Die vordem so gepriesenen gewerkschaftlichen Grundsätze wurden demnach in den Wind geblasen. Bei dem Streik handelte es sich hauptsächlich um eine 15prozentige Lohnerhöhung. Eine Einigung kam nicht zustande. Schließlich wählte der christliche Verband eine nichtkatholische Firma (Coßmann, Cohen u. Ko.) aus und ließ die Arbeiter dort kündigen. Die Unternehmer beantworteten die Kündigung mit folgenden Anschlägen in allen Betrieben:

„Auf Grund eines Beschlusses der Fabrikantenvereinigung kündigen wir hiermit allen in unseren Betrieben beschäftigten Arbeitern zum 21. Juni 1913. Diese Kündigung wird zurückgezogen, falls von den Arbeitern der Firma Coßmann, Cohen u. Ko. heute nicht gekündigt oder die Kündigung bei dieser Firma von den Arbeitern rückgängig gemacht wird."

Die Aussperrung wurde perfekt. Am 5. Juli wurden die letzten Arbeiter auf die Straße gesetzt. Die Betriebe sind geschlossen. Bemerkenswert ist, daß die Unternehmer die Christen mit ihren eigenen Waffen schlagen, indem sie in öffentlichen Erklärungen sagen: Ihr habt ja im Krefelder Streik selbst ausgeführt, daß in Schlesien und Sachsen die Löhne um 200 Mk. pro Jahr niedriger sind als in Rheinland-Westfalen. Wie könnt Ihr verlangen, daß wir mehr zahlen. Wir können da doch nicht konkurrieren!

Ein Vermittlungsvorschlag des Gewerberates wurde von den Arbeiterausschüssen mit 175 gegen vier Stimmen abgelehnt. Die wiederholten Versuche der christlichen Leitung ergaben gleichfalls kein positives Ergebnis. Auf das Ersuchen des christlichen Vorstandes an den Bürgermeister, er möge Verhandlungen mit den Unternehmern herbeiführen, da Mißverständnisse vorliegen, antwortete die Unternehmervereinigung: Mißverständnisse lägen nicht vor.

Am Freitag wurde, nach vorausgegangenen Versammlungen der Arbeiterausschüsse, von dem Vorsitzenden der christlichen Organisation, Reichstagsabg. Schiffer, dem Gauleiter des christlichen Verbandes, dem Bürgermeister ein neuer Einigungsvorschlag unterbreitet.

Die Christlichen sind mit ihren Forderungen weit zurückgegangen, nachdem sie sich schon vor der Aussperrung bis auf 5 Prozent Lohnerhöhung reduziert hatten, haben sie jetzt die Reduktion bis auf 3 Prozent vorgenommen. Die Antwort der Unternehmer steht noch aus.

Der Streik in der Zichoriensabrik J. G. Weiß in Frauendorf bei Stettin

ist nach vierzehnwöchiger Dauer am Sonntag vormittag beigelegt worden. Es ist den Vertretern der streikenden Arbeiter gelungen, die aufgestellten Forderungen zum größten Teile durchzusetzen. Teilweise wurden die Löhne über alle Erwartungen hinaus aufgebessert. Auch bezüglich der Wiedereinstellung der Streikenden wurden von der Firma bestimmte Zusicherungen gemacht. Verabredungsgemäß sollte Sonnabend die Hälfte der Streikenden eingestellt werden. Am Montag vormittag wurden aber bereits drei Viertel der Ausständigen wieder eingestellt. Der über die Produkte der Firma Gebr. J. G. Weiß verhängte Boykott ist aufgehoben.

Verbandstag der freien Gastwirte.

Vom 7. bis 11. Juli tagte der achte ordentliche Verbandstag des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte in Bremen. Es waren 88 Delegierte vertreten. Ferner nahm eine Delegation des Gewerbevereins Nürnberger Gastwirte an den Verhandlungen teil. Nach dem Geschäftsbericht ist die Zahl der Mitglieder im letzten Jahre von 6410 auf 7944 gestiegen. Die Hauptkasse hatte im Berichtsjahre eine Mehreinnahme von 33 406,64 Mk., das Gesamtvermögen betrug 195 310,38 Mk. Die Auflage des Verbandsorgans Freier Gastwirt stieg im letzten Jahre von 7100 auf 10 000 Exemplare. Der Verband verfügt heute über 122 Verwaltungsstellen; eine Verwaltungsstelle löste sich im letzten Geschäftsjahre auf, 16 Verwaltungsstellen kamen neu hinzu. An Unterstützungen wurden in der Berichtsperiode ausbezahlt: Sterbeunterstützung 21 510 Mark, Notstandsunterstützung 5875 Mk. und für Rechtsschutz 10 976,05 Mk.

Der Vorsitzende Kittin (Berlin) verweist in seinem allgemeinen Bericht auf die vielen Polizeischikanen, unter denen die Wirte zu leiden hatten. Die Polizeibehörde der Stadt Wittenberg a. E. habe eine Verfügung erlassen, wonach den Wirten die Verpflichtung auferlegt worden sei, ihre Lokale im Sommer nicht vor 7 Uhr und im Winter nicht vor 8 Uhr morgens zu öffnen. Trotzdem das preußische Kammergericht diese Verfügung für ungültig erklärt habe, wurde sie stets wieder gegen die Wirte in Anwendung gebracht. Aehnliche Zustände herrschten in Stettin und Danzig. Die im Reichstage stattgefundene Debatte über den Militärboykott habe den Wirten ein ausgezeichnetes Material geliefert. General von Wandel sei bei der Debatte gezwungen worden, ein Schreiben des Deutschen Gastwirtsverbandes zu verlesen, aus dem hervorgehe, daß dieser Verband sich wohl gegen den Militärboykott erklärt habe, aber nicht so weit gehe, daß auch diejenigen Wirte davon verschont werden sollen, bei denen ausschließlich Sozialdemokraten verkehren. Eine wertvolle Bestimmung habe die Stadt Gera in ihrem Ortsstatut aufgenommen. Danach würden die Wirte von einer militärischen Einquartierung verschont, über deren Lokal der Militärboykott verhängt worden sei. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter seien überall zu bitten, dafür einzutreten, daß einer gleichen Bestimmung in allen Gemeinden Geltung verschafft werde.

Den Bericht der Kontrollkommission gab Gericke (Hamburg). Eine Beschwerde der Kölner Mitglieder gegen den Verbandsvorsitzenden wurde als unberechtigt befunden. Den Anlaß zu dieser Beschwerde habe die Ausstellung der Kölner Verwaltungsstelle gegeben. Es sei an der Zeit, daß der Verbandstag einmal mit dem Ausstellungsunwesen aufräume. Der Antrag der Kommission, dem gesamten Vorstande Decharge zu erteilen, wurde nach Schluß der Diskussion einstimmig angenommen.

In der mehrstündigen Debatte wurde von den Rednern namentlich auf die örtlichen Verhältnisse Bezug genommen. Der Verbandstag genehmigte dann einstimmig eine Resolution, wonach er mit Entrüstung von dem diktatorischen Vorgehen des Schutzverbandes der vereinigten Brauereien Nürnberg-Fürth Kenntnis nimmt, das derselbe in der Frage des Schaummakes einnimmt. Der Verbandstag betrachtet den Kampf der bayrischen Kollegen gegen das Braukapital als eine Machtfrage und spricht ihnen seine vollste Sympathie aus. Der Verbandstag stimmte auch einem Antrage der Verwaltungsstelle Leipzig zu, wonach der Hauptvorstand beauftragt wird, dem nächsten Verbandstage eine Denkschrift betreffend die Einführung einer Krankenversicherung für die Mitglieder und deren Angehörige vorzulegen. Zugleich wurden 600 Mk. für die Erledigung dieser Arbeiten bewilligt.

Ueber die allgemeine Lage im Wirtsgewerbe Deutschlands referierte Redakteur Richard Wiehle (Berlin). Den Wirten wird die Existenz ganz besonders durch die Belastungen erschwert, die ihnen vom Reiche und Staate auferlegt worden sind. Infolge der Teuerung gehen die Einnahmen der Wirte von Tag zu Tag zurück. Es gibt 36 verschiedene Steuern, von denen das Gastwirtsgewerbe betroffen wird. Dazu werden die Wirte von den Brauereien zum Abschluß von Verträgen gezwungen, die manchmal an Erpressung grenzen. Mit Bittgesuchen und Petitionen werden die Wirte ihre Lage nicht verbessern, das wird auch weder durch Gastwirtskammern noch durch Fachausschüsse erreicht. Protest muß der Verband einlegen gegen die Petition, die der Reichsverband für das Gastwirtsgewerbe wegen der Aenderung des § 33 der Gewerbeordnung dem Reichstage unterbreitet hat. Dieser Verband fordert, daß man nur solchen Kollegen die Konzession erteilen soll, die das Gewerbe einwandfrei geführt und gelernt haben. Wie kann man nur von einer Polizei erwarten, daß sie objektiv beurteilt, wer sein Gewerbe einwandfrei geführt hat? Und wenn die Reichsverbändler von der Regierung fordern, daß man auch nur solchen Kollegen die Konzession erteilen soll, die ein eigenes Vermögen nachweisen, so wird dadurch Zehntausenden von Kollegen die Existenz untergraben. Die freien Gastwirte müssen dafür sorgen, daß in der Gewerbeordnung Bestimmungen aufgenommen werden, wonach den Behörden die Form vorgeschrieben wird, nach der sie Konzessionen zu erteilen haben. — Die Ausführungen der Diskussionsredner bewegen sich im wesentlichen im Sinne des Referats.

Der Verbandstag beschloß in namentlicher Abstimmung mit 70 gegen 17 Stimmen, den Gewerbeverein Nürnberger Gastwirte als Mitglied des Verbandes aufzunehmen. Der genannte Verein zählt gegenwärtig 700 Mitglieder. Das vorhandene Vermögen bleibt Eigentum der Zahlstelle Nürnberg, um die lokalen Angelegenheiten zu regeln. Der Verein wird unter dem Namen: Gewerbeverein Nürnberg, Mitgliedschaft des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands bem Verbande angeschlossen.

Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, den nächsten Verbandstag in Nürnberg stattfinden zu lassen.

Der Vorsitzende Kittin und der Hauptkassierer Gienke werden einstimmig wiedergewählt. Die Kontrollkommission soll auch im kommenden Jahre ihren Sitz in Hamburg haben.

Allerlei.

Der „Trost für Zecher".

Wenn man einmal in drastischer Weise erkennen will, wie sehr die kapitalistische Welt von den schmutzigsten Geldinteressen beherrscht wird, braucht man sich nur einmal den Kampf anzusehen, den die Interessenten des Alkoholkapitals gegen die Abstinenten führen.

Es kann nicht bestritten werden, daß der Alkoholismus ein fressender Schaden an unserem Volkskörper ist. Wenn man mit einem Blick das Meer von Elend überschauen könnte, das dem Alkohol seine Entstehung verdankt, kein Mensch würde mehr einen Tropfen über die Lippen bringen, hat einmal ein englischer Schriftsteller nicht ohne Grund gesagt.

Was fragt aber das Alkoholkapital nach menschlichem Elend, wenn der Profit ins Wanken gerät?

In der niederträchtigsten Weise wird offen oder auf journalistischen Schleichwegen die öffentliche Volksmeinung über den Alkohol von den Interessenten des Alkoholkapitals vergiftet. Weder auf die Wahrheit noch auf die nationale Gesundheit wird auch nur die leiseste Rücksicht genommen, wenn es sich um die erhabene Aufgabe handelt, die Menschen zum Saufen zu bringen. Mögen die Schäden des Alkoholismus weiter fressen, wenn nur der Profit nicht sinkt!

In Frankfurt a. O. hat sich nun die königliche Regierung veranlaßt gesehen, diesem gewissenlosen Treiben mit einem Erlaß entgegenzutreten.

Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

„Verbreitung von Plakaten der Alkoholinteressenten.

In letzter Zeit werden in vielen Wirtshäusern Plakate ausgehängt, die, auf angeblich wissenschaftlicher Grundlage beruhend, veranschaulichen sollen, daß die völlige Enthaltung von Alkohol auf den menschlichen Körper schädlicher wirkt, als selbst starker Alkoholgenuß. Die Plakate führen entweder den von einem Plakat des Deutschen Vereins gegen Mißbrauch geistiger Getränke entlehnten Titel: „Was jedermann vom Alkohol wissen muß", oder den Titel: „Trost für Zecher". Die Herren Landräte und Ortspolizeibehörden ersuche ich, dahin wirken zu wollen, daß diese Plakate, die der Förderung der Völlerei zu dienen geeignet sind, verschwinden. Die Wirte werden darauf aufmerksam gemacht, daß das Aufhängen derartiger Plakate bei einem Konzessionsentziehungsverfahren wegen Förderung der Völlerei als Beweismittel Verwendung finden konnte. Der Regierungspräsident."

Wir sind, wie der Vorwärts ganz richtig bemerkt, im allgemeinen durchaus keine Freunde von behördlichen Eingriffen des gegenwärtigen Staates.

Im vorliegenden Fall aber handelt es sich um einen gemeingefährlichen Betrug, den aufzudecken ein Verdienst ist.

Das Opfer seines Bildungsdranges.

Man schreibt dem Vorwärts aus Rom: Die phantastisch klingende Karriere vom Hütejungen zum Studenten ist einem armen Teufel recht übel bekommen. Dieser, ein gewisser Serniani, hatte von klein auf Vieh gehütet und nur drei Jahre die Volksschule besucht. In Rom fand er als Ausläufer eines Apothekers Stellung, und es regte sich in ihm die Lust, selbst Chemie zu studieren. Bei seiner geringen Vorbildung war das natürlich unmöglich, und so verfiel der Bursche auf den Gedanken, ein Dokument zu fälschen, um den Glauben zu erwecken, daß er sein Abiturientenexamen gemacht hätte. Die Fälschung gelang, der junge Mann immatrikulierte sich in Perugia, und da er offenbar sehr intelligent war, studierte er wie jeder andere. Natürlich fand sich ein Hallunke, der die Fälschung durch einen anonymen Brief zur Anzeige brachte. Serniani brachte es fertig, sich ins Ausland zu retten, aber natürlich forderte das verletzte Bourgeoisprivileg furchtbare Rache. Und furchtbar, wahrhaft furchtbar ist das Urteil des römischen Gerichts ausgefallen, das den armen Hütejungen, der gern studiert hätte, wegen Urkundenfälschung zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt!

Kleines Allerlei. Grubenunglück in Frankreich. In einer Grube in Aubin (Departement Aveyron) sind einer Kohlenstaubexplosion elf Bergleute zum Opfer gefallen. — 40 Einwohner erkrankten in Herzfeld unter Vergiftungserscheinungen nach dem Genuß von Kochkäse, den eine Bäuerin verkauft hatte. — Messerhelden. In Siegburg (Rhl.) wurde im Streite ein Mann durch Messerstiche schwer und ein anderer, Vater von acht Kindern, so schwer verletzt, daß er sofort starb. Die Mörder sind verhaftet worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191307 16/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Anfang 8¼ Uhr.

Heute, Dienstag:

Der Zigeunerbaron

Grosse Operette in 3 Akten von Joh. Strauss.

Meisterwerk des Walzerkönigs!

Barinkay, der Zigeunerbaron . . Grete Finkler.
Zsupan, der Schweinezüchter . Max Alexander.

Morgen, Mittwoch: „Die sieben Schwaben." 2288

„Volkspark"

Freitag, 18. Juli, abends 8½ Uhr:

Gr. Lichtbilder-Schau.

Das Neueste und Einzigste in seiner Art darstellend:

Vereinigte Staaten Amerika u. Kanada

mit ihren Schönheiten, neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete des volkswirtschaftlichen Lebens und ihren Verkehrsmitteln.

Alles gemeinverständlich vorgeführt in Wort und Bild.

2276 Eintrittspreis **30** Pf, Kinder **10** Pf.

Meissner Krankenkasse, Zahlstelle Halle-Süd.

Donnerstag den 17. Juli abends 8½ Uhr im Restaurant „Englischer Hof", grosser Berlin 14

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 2. Quartal 1913. 2. Aufstellung eines Kandidaten zu der außerordentl. Generalversammlung am 31. Aug. in Dessau. 2282

Die Ortsverwaltung Halle-Süd. J. A.: Karl Heise, Vors.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Clysos

von **1.40** Mk. an.

Irrigateure

kompl. v. **80** Pfg. an per Stück.

Bett-Unterlagen

f. Kinder v. **15** Pfg. an.

für Erwachs. v. **70** Pfg. an

sowie

sämtl. Bedarfs-Artikel

für

Wöchnerinnen

in großer Auswahl billigst.

Ferner

Baby-Wagen

zum Wiegen (auch leihweise).

Hugo Nehab

Nachf.,

2278 **jetzt**

3 Gr. Ulrichstraße 3.

„Neues Theater".

Auf Firma u. Hausnummer bitte genau zu achten.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

5 % Rabatt.

Alle Sorten

Tische

Stühle 1528

Schränke

Vertikos

Spiegel

in bester Ausführung.

Grosse Auswahl. Billigste Preise.

G. Schaible,

Möbelfabrik, neben Ratskeller.

! Abbruch !

Nur

Marthastr. 17 u. Sophienstr. 8

wegen Räumung des Platzes

Türen, Fenster, Bretter,

sehr gutes **Bauholz**, Balken, Sparren, Säulen, Rahmen bis 13 m lg.,

Brennholz in Fuhren u. Körben,

50000 rote Mauersteine, kl. Format, à 1000 Stück 12 M. u. viel. mehr billig zu verkaufen.

*1133 **G. Lindner.**

Riesen-Kaninchen

bis 20 Pfd. schwer werdend. Zuchtpaare, 6—7 Wochen alt, 5 Mk., ältere Tiere nach Vereinbarg. *1128

O. Schröder, Gross-Salze,

(Bez. Magdeburg), Kalbsche Str.

Hängematten

für jed. Körpergewicht pass.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

1289

Makulatur d. Hall. Genossensch.-Buchdr.

Allgemeine Orts-Krankenkasse zu Halle (Saale).

Freitag, 18. Juli 1913 abends 8 Uhr im „Augustiner-Bräu", Mittelstraße 14.

Mitglieder-Versammlung

zur Besprechung der Wahl für den Ausschuß der neuen Allgemeinen Ort-Krankenkasse.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist sehr erwünscht. *1135

Halle, 14. Juli 1913. Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein

Holzweissig

*1126 Mittwoch den 16. Juli abends 8½ Uhr im Schröderschen Lokale:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Radrennbahn

Halle (S.), Direktion: Willy Lücke.

Sonntag, 20. Juli, nachm. 3½ Uhr:

Das größte Rennen d. Jahres.

Der große Preis d. Stadt Halle (S.), 3500 m.

100 km = 30 u. 70 km Dauerrennen hinl. Riesenmot.

Am Start drei Sieger dies. Rennen: Herm. Brarembel-Berlin, Sieger d. Einweihungsgr., Ivan Goor-Belgien, Sieger d. gold. Rades, Paul Altmein-Erfurt, Sieger d. kl. gold. Rades. Außerdem noch 10, 20, 30 km Dauerrennen. ??? Der kleinste Dauerfahrer d. Welt. G. Brummert-Magdeburg. H. Herzog-Magdeburg. Somit 5 Dauerrennen = 160 km 6 erstklassige Dauerfahrer. 8 Riesenmotore. Voraussichtlich: Große Radverlosung: Ein Brennaborrad wird unter die Zuschauer verlost. Ferner: Ein humoristisches Rennen. — Großer Lacherfolg. — 2326

Motorbootfahrt nach der Rabeninsel (früher Schräpler).

Ferien-Sonderfahrt nach Merseburg

am Donnerstag den 17. Juli.

Abfahrt vormittags ½10 Uhr vom Unterplan (früher Schräpler).
Rückfahrt nachmittags 4 Uhr von Merseburg.

Fahrpreis: für Erwachsene 1.00 Mk. für Hin- und Rückfahrt.
Kinder 0.50 Mk.

NB. Die Sonderfahrt nach Beuchlitz fällt aus. *1132

Zigarren-König

2285 **Merseburgerstrasse 14**

empfiehlt **Qualitätszigarren in allen Preislagen.**

Hülfe bei Rückgratverkrümmung.

Vorzügliche Erfolge erzielte der verbesserte, **im Preise bedeutend ermässigte Lebeth-Redressions-Apparat.** Verlangen Sie sofort Gratis-Broschüre von

Paul Wenzel,
Chemnitz,
Reinhardtstrasse 5,
bisher als Inhaber der Firma F. Menzel, Dresden; Vertreter des „Haas"-Apparates. *1127

Zu sprechen am **Freitag den 18. Juli in Halle** (Saale) im **Hotel Grüner Baum,** von 9—5 Uhr.

H K **Briketts und Pressstein e**

liefert in bester Qualität zu

Sommerpreisen

frei Gelaß.

Hallesches Kohlenwerk, G. m. b. H., Halle a. S.,

Brüderstraße 5.

Wir bitten, unsere Firma nicht mit ähnlich lautenden Kohlenfirmen zu verwechseln. *1115

Heidelberen,

1 Pfund 24 Pfennige,
2283 10 Pfund Mk. 2.20.
Niederlage Torstrasse 58.

Mittwoch:
Schlachtefest.
Marie Bötcher,
Inh.: **C. Wilke,**
Triftstraße 2. 42

Deutscher Arbeiter-Sängerbund

Bezirk Halle (Saale).

Für die freundliche Unterstützung unserer Quartiergeber sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. 2286

Auch bitten wir diejenigen Quartiergeber, welche keinen Sänger mehr bekommen konnten, uns dies nicht böse zu deuten. Der Bezirksvorstand. J. A. Heinrich Koch.

Garantiert reine

Molkerei-Butter

½ Pfd. **55** Pf.

2185

Sehr feine

Cervelatwurst u. Salami

Pfd. **138** Pf.

F. H. Krause,

16 Filialen.

Richard Flemming,

Halle a. S., Schmerstraße 22.
Zweiggeschäft: Reilstraße 129 (Ecke Naumburgerstraße).
— Optisches Institut. —
Große Auswahl, billigste Preise!

Abbruch!

Grube Glück Auf bei Seeben

sind noch 100000 Mauersteine, 50 Fuhren Bruchsteine, Bauholz, 200 lfd. Meter Breitergaun und 50 Fuhren Brennholz zu verkauf.

Daselbst Bastin zur Selbstkränke, eignet sich gut fürs Land, und Zentralheizkörper billig zu verkaufen. Material kann sofort abgefahren werden. *1134

Kurt Schlegel.

Apollo-Theater

Heute:
die letzte Aufführung von

„Der verflossene Ressdorf".

Mittwoch, 16. Juli, a. 1. Male

„Aus erster Ehe",

Schauspiel i. 5 Akt., bearbeitet nach dem in d. „Sächs.-Thüring. Hausfreund" erschienenen gleichnamigen Roman von H. Courths-Mahler. 2281

Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandl.**

Marktiaschen aus Rindled. unverwüstlich, **2.85 Mk.**

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

1289

Von der

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

sind bisher folgende Hefte erschienen:

Heft 1: **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen** von Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.

Heft 2: **Das erste Lebensjahr** von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.

Heft 3: **Gesundheitspflege des Nervensystems** von Dr. Hirschlaff. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.

Heft 4: **Der Achtstundentag** von Dr. Zadek. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.

Heft 5: **Alkoholfrage und Arbeiterklasse** von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbroschüre.

Heft 6: **Das Schulkind** von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.

Heft 7: **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten** von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.

Heft 8: **Nahrung und Ernährung** von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter u. seine Familie.

Heft 9: **Wie sollen wir uns kleiden?** von Dr. P. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.

Heft 10: **Der Arbeiterschutz** von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.

Heft 11: **Frauenleiden und deren Verhütung** v. Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang; Die Verhütung der Schwangerschaft.

Heft 12: **Vom medizinischen Aberglauben** von Dr. E. Thesing. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.

Heft 13: **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters** von Dr. G. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.

Heft 14: **Verhütung und Heilung des Stotterns** von L. Jordan. Mit einer Einleitung über Sprache und Sprachstörungen.

Heft 15: **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie** von Dr. Julian Marcuse.

Heft 16: **Zähne und Zahnpflege** von Gertrud Revald-Berlin.

Heft 17: **Bau- und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers** von Dr. Christellen-Berlin.

Heft 18: **Der Geschlechtstrieb.**

Heft 19: **Die Krankenpflege im Hause.** Von Joh. Ranker-Mannheim.

Heft 20: **Die Proletarierkrankheit.** Von Dr. Zadek-Berlin

Heft 21: **Atemgymnastik.** Mit zahlreichen Abbildungen. Von Otto Rühle.

Heft 22: **Haut- und Haarpflege.** Von Dr. B. Chajes, Berlin.

Heft 23: **Wie hüten wir uns vor Herzerkrankungen.** Von Dr. Eugen Rehfisch, Berlin.

Heft 24: **Die Hygiene der Arbeiterwohnung.** Von Hugo Hillig, Hamburg.

Heft 25: **Die Schmarotzer des Menschen.** Von Dr. A. Ligschütz.

Heft 26: **Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens.** Von Dr. Hans Schwerin, Arzt in Berlin

Heft 27: **Sport und Arbeiter.** Von Dr. R. Silberstein.

Heft 28: **Die Jahre der Geschlechtsreife.** Von Dr. Popitz, Leipzig.

Heft 29: **Volksernährung.** Von Dr. Julian Marcuse. Sehr wichtig im Interesse einer rationellen Ernährung.

Heft 30: **Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf.** Von Dr. Zadek.

Heft 31: **Die Berufskrankheiten des Buchdruckers.** Von Dr. Silberstein.

Heft 32: **Die Arzneimittel und ihre Verwendung.** Von Dr. A. Lipschütz.

Heft 33: **Das Auge und seine Erkrankungen.** Von Doktor W. Seeligsohn, Augenarzt in Berlin.

Heft 34: **Die Berufskrankheiten der Glasarbeiter.** Von Dr. med. W. Hanauer.

Heft 35: **Neu! Die Berufskrankheiten der Schneider und Textilarbeiter.** Von Privatdozent Dr. med. A. Grotjahn

Heft 36: **Neu! Die Berufskrankheiten der Maurer und Bauarbeiter.** Von Dr. med. E. Thesing, Magdeburg.

Preis für jedes Heft 20 Pf.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung,

Halle a. S., Harz 42/43.

Zahnarzt Vogeler ist zurückgekehrt. *1124

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3).

12. Juli 1913.

Aufgeboten: Hufschmied Schröder und Emma Jlecke (Gr. Brunnenstraße 56).

Eheschließungen: Reisende Kolbe und Marie Ertel (Zwickau und L.-Wuchererstr. 30). Maurer Meyer u. Marie Löchner (Große Gosenstraße 29 und 16). Bauführer Leichsenring u. Elsa Grenling (Reilstraße 9). Bahnarbeiter Schunak u. Emma Opel (Rosenstraße 11 und R. Wagnerstr. 47). Kgl. Zollsekretär Matthaeus und Elsbeth Klinkmüller (Naumburg und Glückenstr. 5). Lokomotivführer Nehring u. Anna Maerz (Straußfurt und Hordorferstr. 3). Tischler Päsold u. Marie Friese (Zietenstraße 5). Landwirt Edel und Anna Paul (Eisum u. Rich. Wagnerstraße 19). Referendar Freytag u. Helene Kaehne (Naumburg und Mühlweg 15).

Geboren: Schneider Bedral S. (Uhlandstraße 4a).

14. Juli.

Aufgeboten: Zeichenlehrer Jacob u. Johanna Schmitz (Ribbert u. Harz 7). Konditor Stahl und Frida Lohmann (Blumenthalstraße 8 u. Thüringerstr. 29).

Eheschließung: Fabrik-Arbeiter Betthoß u. Emma Börner (Gr. Wallstr. 15 u. Eichendorffstr. 14).

Geboren: Schlosser Domagalla S. (Jägerplatz 18). Provinzial-Museums-Sekretär Fiedig Tocht. (Yorkstr. 10). Mittelschullehrer Struck T. (Wilhelmstr. 33). Bauschlosser Otto Nette T. (Adolfstraße 8). Kgl. Eisenbahn-Ober-Sekretär Ritter S. (Blumenthalstraße 6).

Gestorben: Mechaniker u. Optiker Krumpe, 61 J. (Fleischerstraße 19). Architekten Hündgen S., 4 Mon. (Herderstr. 5). Kupferschmieds Mädler Ehefrau Minna geb. Müller, 45 J. (Bergstr. 7). Arbeiters Döring S., 8 Mon. (Fellenstr. 23). Witwe Meye geb. Hirsch, 70 J. (Germanstr. 16).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191307 16-16/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 164 — Halle (Saale), Mittwoch den 16. Juli 1913 — 24. Jahrg.

Um den Massenstreik.

Der Vorwärts, der in seiner Sonnabendnummer die Massenstreikfrage ausführlich behandelt, schreibt u. a.:

„. . . Der politische Massenstreik erscheint so als ein Mittel, das zwar seinem Wesen nach revolutionär ist, weil es die unmittelbare ökonomische Macht des Proletariats zum Ausdruck bringt, aber zugleich als ein Mittel, das von den proletarischen Organisationen auch während seiner Anwendung beherrscht werden kann, dessen Ausmaß sie bestimmen können, das nicht verlangt, daß alles auf eine Karte gesetzt wird, sondern das je nach dem Widerstande, der sich dem Proletariat entgegensetzt, abgemessen werden kann. Nicht um die Entscheidungsschlacht, um den Besitz der politischen Macht, sondern um ein Gefecht im Klassenkampf, um eine Teilforderung, scheint es sich zu handeln.

Dies erklärt uns, warum die Idee des Massenstreiks jetzt auch bei den Genossen Anklang findet, die ihr früher ablehnend gegenüberstanden. . . .“ „. . . So stehen sich eine reformistische und eine anscheinend revolutionäre Auffassung des Massenstreiks gegenüber, die, so grundverschieden sie sind, doch praktisch zunächst darin einig sind, die Anwendung dieses Mittels für den preußischen Wahlrechtskampf zu empfehlen, dessen Durchführung und Folgen sie sich allerdings ganz entgegengesetzt vorstellen.

Beiden Richtungen ist aber noch ein anderes gemeinsam: sie beide sind mit der momentanen Situation unzufrieden; sie wollen sie ändern und glauben im Massenstreik das Mittel zur Aenderung gefunden zu haben. Sie fragen nicht, wie ist die Situation, welche Taktik bedingt sie; sondern sie suchen nach einer Taktik, die die Situation umgestalten soll. Es ist im letzten Grunde die ideologische Auffassung, daß es nur das richtige Mittel zu erfinden, die rechte Taktik auszuklügeln gilt, um die Welt nach Wunsch zu gestalten, während es marxistische Erkenntnis ist, daß die Taktik sich aus der Situation entwickeln, aus ihr mit Notwendigkeit hervorgehen muß.

Es gilt also die Situation zu prüfen, in der sich das deutsche Proletariat befindet, um danach über die entsprechende Taktik zu entscheiden und insbesondere darüber, ob und welche Lehren aus den Erfahrungen, die im Ausland mit dem Massenstreik gemacht worden sind, für Deutschland zu ziehen sind. . . .“

„Auch wir sind überzeugt, daß der Massenstreik ein wirksames Mittel ist, daß es zu seiner Anwendung auch in Deutschland, sei es zur Abwehr, sei es zum Angriff, kommen wird. Aber weil es sich in Deutschland dabei um entscheidende Machtproben handeln wird, deshalb darf er nicht von der Partei den Massen aufgedrängt werden als ein taktisches Auskunftsmittel, um über eine momentane Situation hinwegzukommen. Weil die Fortschritte zu langsam, weil in einer bestimmten Frage ein Erfolg noch nicht erzielt, weil man mit der Teilnahme der Massen nicht zufrieden ist, deshalb soll der Massenstreik propagiert werden, wie man einem lebensschwachen Patienten eine Kampferinjektion verabfolgt! Wir meinen gerade umgekehrt: Wenn die Massen in stürmischer Erregung sind, wenn sie vorwärts drängen, wenn sie um bremsende Führer sich nicht mehr kümmern, wenn sie um jeden Preis, koste es was es wolle, ans Ziel gelangen wollen, dann ist der Augenblick, nicht wo der Massenstreik diskutiert und dann proklamiert ist, sondern wo er da ist, geboren aus der zwingenden unwiderstehlichen Gewalt der Massenbewegung.

Ein solcher Streik, von der Masse selbst mit unwiderstehlicher Wucht verlangt, der bietet dann auch ganz andere Aussichten für den Sieg, und selbst eine Niederlage bleibt, weil die Massen selbst die Notwendigkeit des Kampfes als unvermeidbar gefühlt hatten, nur eine bald überwundene Episode.

Der deutsche Parteitag wird sich jedenfalls mit der Frage des Massenstreiks beschäftigen und wir hoffen, daß die Diskussion über die Bedingungen des Streiks erhöhte Klarheit schaffen wird. Als unmittelbar praktische Frage wird er den Massenstreik in der augenblicklichen Lage, am Beginn einer Wirtschaftskrise, angesichts der Ungewißheit der politischen Situation in Preußen, kaum behandeln können. Es wäre verderblich, die preußische Frage, so anzufehen, als wäre hier die Partei in einer ausweglosen Situation. Die preußische Wahlrechtsfrage ist sicher ein Zentralproblem unserer gesamten inneren Politik. Aber sie ist, und das unterscheidet sie wesentlich von dem österreichischen, belgischen, holländischen und dänischen Wahlrechtsproblem, nicht das einzige. Die Konzentration unserer Kraft findet hier die Schwierigkeit, daß andere Probleme der Reichspolitik dazwischentreten, wo wir ein ganz anderes Kampffeld vorfinden. Und das gleiche Wahlrecht im Reich hat die Arbeiterschaft auch gegen die Errungenschaft eines preußischen Wahlrechts kritischer gestimmt. Auch sie fühlt, daß es hier den Einsatz der ganzen Kraft erst lohnt, wenn es um die Entscheidung der politischen Machtfrage geht. Das Bewußtsein zu wecken, daß es zu solcher Entscheidung kommen wird und muß, und die Arbeiterschaft darauf agitatorisch und organisatorisch vorzubereiten, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, ist die beste Vorbereitung und zugleich die unumgängliche Vorbedingung für den Massenstreik. Wir hoffen, daß die Diskussion in diesem Sinne wirken und dazu beitragen wird, daß die revolutionäre Situation, der wir entgegengehen, uns dann auch bereit finden wird.“

•

Dem Genossen Kautsky haben die von Rosa Luxemburg in der Leipziger Volkszeitung veröffentlichten Artikel: Taktische Fragen (auch das Volksblatt brachte die Artikel) gar nicht gefallen. In der letzten Nummer der Neuen Zeit wendet er sich zunächst gegen den Genossen Meerfeld und dessen pessimistische Auffassungen. Dann schreibt Kautsky weiter:

„Ganz anderer Art als die Meerfelds ist jene Auffassung, die in jeder starken Organisation ein hemmendes Moment der Aktion sieht. Da lesen wir zum Beispiel in einem R. L. gezeichneten Artikel der Leipziger Volkszeitung vom 27. Juni (hier wird eine Stelle aus den R. L.-Artikeln zitiert); dann heißt es:

Hier wird nicht an der bestehenden Organisationsform Kritik geübt, sondern an der Organisation selbst. Je größer sie wird, um so mehr erstickt sie jede Initiative und Intelligenz. Je größer die Organisation wird, desto umfähiger macht sie die Organisierten, Leidenschaft, Mut und Entschlossenheit zu entwickeln, desto mehr fällt der Schwerpunkt der Bewegung in die unorganisierten Massen, die in wichtigen Momenten nie versagen. Wenn ein politischer Feldzug scheitert, versagt nicht die unorganisierte Masse, sondern nur die organisierte Partei. In Belgien ist das Land der Massenaktionen, aber auch das Land, in dem politische und gewerkschaftliche Organisation so ziemlich alles zu wünschen übrig lassen.

Dies ist der Gedankengang von R. L.

Verfolgt man ihn weiter, so kommt man zur Konsequenz: zum Teufel mit der Organisation, wenn sie uns nur hemmt, wenn die unorganisierten Massen viel mehr Intelligenz und Tatkraft entwickeln als die organisierten, wenn in einem Lande die Massenaktionen gerade dadurch aufs kräftigste gedeihen, weil seine Organisationen so ziemlich alles zu wünschen übrig lassen.

Hätte R. L. recht, dann könnte es keine größere Dummheit geben, als das stete Streben, unsere Organisationen, politische und gewerkschaftliche, zu verstärken und zu erweitern. Dann ist die darauf verwendete Arbeit nicht bloß unnütz, sondern direkt schädlich.

Aber R. L. hat eben nicht recht. Jene ganze Auffassung wird nur verständlich als Ausfluß russischer Verhältnisse. Die Zustände in der Arbeiterbewegung Rußlands erscheinen als das Ideal, das dem verfaulten Westen zu predigen ist. Die russische Not wird zu internationaler Tugend.“

Die Leipziger Volkszeitung meint, es gehöre „der ganze bohrende Scharfsinn des Genossen Kautsky dazu, um die R. L.-Artikel so „mißzuverstehen“, wie er es fertig gebracht hat“. Glücklicherweise stehe er damit in der gesamten Partei völlig vereinzelt.

•

Die Erfurter Tribüne wirft die Frage auf: „Wie aber steht es mit dem Massenstreik als politisches Kampfesmittel?, und fährt dann fort: „In den Köpfen von Anarchisten, Anarcho-Sozialisten, Sozial-Romantikern und Syndikalisten spukt die Idee, daß die Arbeiterschaft durch einen Generalstreik die kapitalistische Wirtschaftsweise umstoßen und durch eine neue Ordnung ersetzen könne, und daß deshalb jede Anteilnahme am bürgerlichen Staatsleben zu unterlassen sei. Wir lehnen diese Art Generalstreik als Generalunsinn ab; wohl aber wollen wir, wenn uns die Zeit gekommen scheint, den Massenstreik im Kampfe um politische Rechte anwenden. Wann aber wird diese Zeit für Deutschland kommen? Ist es wirklich wahr, daß Deutschlands Arbeiter nur nüchterne Rechner, daß sie einer flammenden Begeisterung nicht fähig sind? Manche sagen: Das deutsche Volk ist dem preußischen Elend gegenüber deshalb wenig teilnahmsvoll, weil es in dem deutschen Reichstagswahlrecht einen Ableiter für seine Gefühle hat. Wenn es aber darum gehen sollte, bestehende Rechte zu verteidigen, wie das Reichstagswahlrecht oder das Koalitionsrecht, dann wird man an der deutschen Arbeiterschaft seine Wunder erleben. Wir fürchten, daß es wirklich nur Wunder sein werden; vorausgesetzt, daß die Erziehung zur revolutionären Fassadenkultur in unserer Partei in der bisherigen Weise weitergehen sollte. Wir haben den Wahlrechtsraub von Hamburg, den von Sachsen und erst kürzlich den von Reuß erlebt. Wo war hier die revolutionäre Energie, die ihre Rechte mit Zähnen und Klauen verteidigt? . . .

Massenstreik oder nicht: Das eine tut uns dringend not, daß durch unsere Taktik die revolutionäre Energie in der Arbeiterklasse nicht eingeschläfert, sondern immer wieder angeregt wird. Wir kommen damit nicht vorwärts, daß wir uns auf unsern Parteitagen die Einigkeit attestieren und Vivat rufen, wenn es gelungen ist, Auseinandersetzungen über taktische oder prinzipielle Angelegenheiten aus dem Wege zu gehen. Einigkeit ist gut; aber wir dürfen nicht einig darin sein, die Dinge gehen zu lassen, wie es Gottes Wille ist, sondern einig darin, unsere Klasse zu immer neuen Taten vorzutreiben. Darum genügt es auch nicht, unsere Fraktion im Reichstage walten zu lassen und hiernach unsern bewährten Führern Vertrauenszeugnisse auszustellen. Vielmehr müssen wir alles daran setzen, um ein inniges Verhältnis zwischen Fraktion und Partei, zwischen Führern und Masse aufrechtzuerhalten. Und wenn die Kraft der Fraktion nicht ausreicht, dann muß an den Willen der Wählermassen appelliert werden. Nur dann kann verhütet werden, daß eine Entfremdung zwischen beiden Teilen eintritt.“

Schandwirtschaft in West-Virginia.

Aus Neuyork schreibt man uns: „Angesichts solcher Feststellungen muß man die Gewaltherrschaft der französischen Bourbonen-Könige, deren lettres de cachet die Gefängnisse füllten, noch als maßvoll hingestellt werden,“ schreibt die hiesige demokratische Woeld im Hinblick auf die Ereignisse der Untersuchung, welche ein Senats-Ausschuß in Charleston, West-Virginia, über den Verlauf des einjährigen Lohnkampfes im Kanawha-Kohlenrevier vornahm. Der auf Betreiben des Bundessenators Kern bestellte Ausschuß wird die Vernehmung von Zeugen in der Bundeshauptstadt Washington fortsetzen. Daß dabei wesentliche neue Tatsachen zutage gefördert werden, ist wenig wahrscheinlich.

60] **Der Eindringling.** [Nachdr. verb.]

Roman von Blasco Ibanez.

Ins Deutsche übertragen von Julio Brouta.

Es verstrich eine Stunde, ohne daß ein Zwischenfall den Gang des Kampfes in auffälliger Weise änderte. Der Guipuzcoaner bohrte seine Löcher und ging dann zu dem nächsten über, ohne seine Augen aufzuschlagen. Der Chiquito hatte noch immer ein Loch Vorsprung wie zu Anfang. Die Minenleute von Bilbao fuhren fort, in lärmender Weise ihre Freude auszudrücken. Sie nahmen noch Wetten an. Sie wetteten einen Duro gegen jede Peseta, die die Einheimischen zugunsten ihres Kämpen riskierten wollten. Sie verhehlten ihr Erstaunen nicht, als sie ihre Vorschläge angenommen sahen und die Einheimischen die Wette hielten. Waren die dumm! Sie hielten augenscheinlich darauf, ihr Geld los zu werden.

Die zweite Stunde des Kampfes verstrich unter allgemeinem Schweigen. Die Zuschauer schienen sich durch die Eintönigkeit des Schauspiels bedrückt zu fühlen. Die endlose Erwartung stumpfte die Sinne ab und ließ keine erregte Stimmung aufkommen. Deshalb gab es kein Siegesgeschrei und keine Protestrufe, als der langsame und unermüdliche Bohrmeister begann, im Vorteil zu sein über den Chiquito, der den Felsblock unter der Wucht seiner Bohrstange beinahe zum Wanken brachte.

Aresti hatte diesen Zeitpunkt schon längst vorhergesehen. Der Chiquito stand öfters still, keuchend und schwitzend, um auszuruhen. Jetzt warf er keine siegesbewußten Blicke mehr um sich, sondern Blicke, in denen die Angst sich ausdrückte. Verschiedene Zeugenpaare hatten sich an seiner Seite abgelöst, erschöpft von der Blitzschnelle seiner Bewegungen. Diejenigen aber, die jetzt neben ihm standen, mußten immer langsamer „Hauy, Hauy!“ rufen und strengten sich vergebens an, um ein schnelleres Tempo herbeizuführen. Wie ein erschöpfter Karrengaul, der unter den Peitschenhieben sich aufbäumt, aber keinen Schritt weiterkommt, so schwang jetzt der Chiquito seine Bohrstange mit matter Wucht.

Der Arzt empfand ein peinliches Gefühl beim Anblick der beiden Gegner, deren schweißtriefendes Gesicht mit Blässe überzogen war, deren Beine wie versteinert unbeweglich blieben, während der Oberkörper keinen Augenblick stillstand, und die Arme infolge der übermäßigen Anstrengung geschwollen waren. Und er erinnerte sich einiger Fälle, wo die Wettbohrer infolge eines Herzschlages wie vom Blitz getroffen tot über ihrer Arbeit zusammengesunken waren.

Die Minenleute starrten den ländlichen Bohrmeister an und wechselten sodann unter sich Blicke der Verblüffung. Jener Teufelskerl ruht also nie aus! Sie wurden blaß, als ob ihre Verdauung plötzlich gestört worden sei, als ob in ihrem Magen alle Delikatessen, die sie aus Bilbao mitgebracht und in Cordon Rouge ertränkt hatten, einen bedenklichen Reigen zu tanzen anfingen. Sie ahnten die Möglichkeit einer Niederlage; sie schienen sie zu wittern in der Stille, die über dem Platze lagerte, in dem ersten Gesichtsausdruck ihrer Feinde.

Einige optimistisch veranlagte Naturen wollten von Niederlage nichts hören. Es war unmöglich, daß jener Flegel, der sein Lebenlang nur Kartoffeln gefressen, jetzt den mit Fleischpasteten gefütterten Chiquito schlagen sollte. Unsinn! . . . Ihr Geiz aus früheren Zeiten, der oft mit krauserigen Einzelheiten durch ihr Protzentum hervorbrach, lebte wieder auf. Sie hatten über achtzigtausend Duros gewettet. War es denkbar, daß sie diese Summe an die nach Stalldünger duftenden Bauern verlieren sollten? Das wäre wirklich unerhört.

Die Aufgeregtesten sprangen über das Seil, und indem sie die Zeugen des Chiquito sich zurückziehen hießen, nahmen sie deren Stelle ein, nachdem sie ihre Mützen und Jacken abgelegt. Sie brüllten und krümmten sich in ununterbrochener Schwingung trotz ihrer Fettleibigkeit und brüllten „Hauy! Hauy!“ mit der ganzen Kraft ihrer Lungen, als ob sie mit ihrem Geschrei das Bohreisen hätten weiter hineindringen machen können.

Der Chiquito gewann neue Kräfte, als er seine Gönner neben sich stehen sah, und nahm einen neuen wütenden Anlauf, wobei das Bohreisen mit rasender Schnelligkeit auf und ab ging. Bald aber erlahmten die überreizten Muskeln wieder, und die stählerne Spitze der Stange fiel ohne Kraft auf den Stein und kam nicht mehr vom Fleck.

Die Minenleute fluchten und tobten wie besessen und überschütteten den Chiquito, der sich jedesmal wie unter einem Peitschenhieb aufbäumte, um gleich wieder ermattet zurückzusinken, mit den unflätigsten Verwünschungen und Schmähungen.

Es fehlten nur noch einige Minuten bis zum Ende der Wette. Der Chiquito hatte sein vorletztes Loch erst bis zur Mitte angebohrt. Sein Gegner hatte sein letztes angefangen, ohne sich zu beeilen und ohne auszuruhen, indem er einen trüben, müden Blick umhergeworfen, wie der Ochse, der den ganzen Tag gepflügt hat und sich nach dem Stall sehnt.

Die Minenleute wünschten eine Katastrophe herbei, ein Erdbeben, einen Orkan, irgend etwas, das ihnen gestattet hätte, von dort zu entfliehen, weit weg von den Blicken der Leute. Das Schweigen, mit dem die Bauern ihrem bevorstehenden Sieg entgegensahen, war den Bergwerksleuten noch lästiger als die ironischen Rufe einiger Fremden, die die Großsprecherei der Bilbaoer nachmachten und einen Duro gegen einen Real zugunsten des Guipuzcoaners wetteten.

Der Kampf endigte ohne den Ausbruch der Begeisterung, den Aresti erwartet hatte. Die Menge stürzte sich auf den Sieger, der mit Idiotenaugen um sich glotzte und sich beinahe leblos in eine nahe Schenke schleppen ließ.

Der Doktor suchte seine Begleiter und fand keinen von ihnen. Sie waren alle verduftet. Er suchte sie auf und stieß auf das Gros vor der Tür des Kasinos; sie waren im Begriff, die Wagen zu bestellen, um so bald als möglich sich davonzumachen, als brenne ihnen der Boden unter den Füßen. Es war eine wilde unordentliche Flucht.

Drinnen im Kasino sah er den Chiquito auf einer Bank ausgestreckt, in eine Wolldecke gehüllt, blaß und schweißbedeckt, aussehend wie ein geprügeltes Kind. Einige von den Bergwerksleuten standen vor ihm und schleuderten ihm ihre letzten Verwünschungen zu.

— Was sagen Sie dazu, Doktor? — sagten sie in ihrem Aerger zu Aresti.

Der Arzt lächelte und zuckte die Achseln. Das war vorauszusehen. Sie hatten ihren Götzen zu sehr zwölfisiert; sie hatten ihn mit Champagner traktiert und ihn seiner ursprünglichen Barbarei entrissen, und da war es denn ganz natürlich, daß er, einem Gegner gegenübergestellt, der nichts anderes als die harte Arbeit im Steinbruch kannte, unterliegen mußte.

Alle fühlten den Drang, vor dem Abgehen dem Armsten alle möglichen Grobheiten zu sagen. Sie hätten sogar Lust gehabt, jenen leblosen Ballen, der zusammengekauert auf der Bank schluchzte, zu schlagen. Sie warfen ihm den Wein und die Speisen vor, mit denen sie ihn so häufig vollgepfropft.

— Hörst du, Hundeseele, was der Doktor sagt? Alles kommt von deiner elligen Sauferei. Du warst wohl wieder betrunken, und deshalb hast du uns verlieren lassen, Schweinehund! Achtzigtausend Duros, hörst du, elender Kerl! Ueber achtzigtausend Duros haben wir durch deine Schuld verloren . . . Laß dich nicht mehr da unten sehen, mit Fußtritten werden wir dich empfangen.

Ein jeder entfernte sich, nachdem er seiner Mut Luft gemacht, in toller Ueberstürzung, ohne auf die Begleiter Rücksicht zu nehmen, ohne daran zu denken, den Doktor einzuladen, mitzugehen. Das durchbohrende Gefühl der Niederlage hatte aller Gemütlichkeit ein Ende gemacht.

Als der unglückliche Bohrmeister sich mit Aresti allein sah, fing er an zu weinen.

— Don Luis! Don Luis! . . .

Und seine Stimme hatte denselben kindlich flehentlichen Ton wie das Jammern der Bergleute, wenn sie den Doktor im Spital an ihr Bett herankommen sahen.

Alles war in einem Augenblick für ihn verloren gegangen. Jetzt konnte er den guten Mahlzeiten, den lustigen Gelagen, dem Umgang mit den Reichen, alles was den Neid seiner früheren Genossen erregte, wenn er in Begleitung der Unternehmer zu den Brüchen hinaufging, Lebewohl sagen. Er war ein Held, ein Götze gewesen und mußte jetzt plötzlich wieder zur Stufe eines Arbeiters herabsinken . . . Noch tiefer, denn auf den Bergwerken würde er keine Anstellung finden. Wenn er sich dort sehen ließe, seien sie fähig, ihn zu töten; ihn schreckte, wie die Erinnerung eines ungeheuren Verbrechens, der Gedanke an die großen Summen, die die Herren durch ihn verloren hatten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191307 16-16/fragment/page=0005

Am verdrossensten war das Eingeständnis des früheren, am 4. März d. J. aus dem Amte geschiedenen west-virginischen Gouverneurs Glasscock, daß die Schuld an den langwierigen Wirren ausschließlich die Zechenbarone trifft. Das hinderte nicht, daß Glasscock unbedenklich alle Machtmittel des Staates in frecher Verhöhnung von Gesetz und Verfassung in den Dienst der schuldigen Millionäre und ihrer Dividenden stellte, die zugleich seine Dividenden sind. Glasscock, Aktionär verschiedener Kohlenbergwerke, verhängte zweimal den Belagerungszustand über das Kanawha-Revier, wie er zu seiner Entschuldigung vorbrachte, auf Ersuchen der gewerkschaftlich organisierten Bergknappen, welche vor den von der Detektiv-Agentur Baldwin-Felts den Zechenverwaltungen gelieferten „Ordnungswächtern" ihres Lebens nicht sicher waren und von der Miliz wenigstens einigen Schutz gegen die blutige Willkür der gedungenen Mörderbanden erhofften.

Auch unter dem Belagerungszustand sind nach der Verfassung des Staates West-Virginia die ordentlichen Gerichte für die Aburteilung aller Straftaten zuständig. Nichtsdestoweniger wurden die Ausständigen nach den Bekundungen des Generals Elliot, des Höchstkommandierenden der aufgebotenen Miliz; des Majors Pratt und des Hauptmanns Morgan Kingerhand verhaftet, ohne kontradiktorisches Verfahren verurteilt und nach der Strafanstalt transportiert. Erst dort erfuhren sie ihr Urteil; vorher wußten sie nicht, ob ihrer nicht der Tod durch Erschießen harrt. Vorgenommen wurden die Verhaftungen unter den nichtigsten Vorwänden. So wurde der Genosse Frank Rantz zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er nach dem Postamte kam und nach Briefschaften fragen wollte, „obwohl er sich in der Ortschaft nur vorübergehend aufhielt".

Sogar der Senator Borah (von der Vertretung der durch des Scheusals Harry Orchard meineidige „Geständnisse" fabrizierten, allerdings glänzend erfolglosen Mordanklage gegen die Genossen Haywood, Moyer und Pettibone her als willfähriger Sachwalter des Grubenkapitals berüchtigt) brach in die Worte aus: „Das Niedertreten von Gesetz und Verfassung ist völlig erwiesen."

Der jetzt west-virginische Gouverneur Hatfield, der den Belagerungszustand von seinem Vorgänger Glasscock „erbte", hatte denn auch noch vor dem Beginn der Untersuchung durch den Bundes-Senatsausschuß die sämtlichen auf Grund kriegsgerichtlicher „Urteile" gefangen gehaltenen Streikenden und Sozialisten auf freien Fuß gesetzt und infolge der im Auftrage des sozialistischen Parteivorstandes von den Genossen Viktor Berger, Eugene V. Debs und Adolf Germer vorgenommenen Erhebungen die willkürliche Unterdrückung der sozialistischen Organe Labor Argus, Huntington Sozialist und Labor Star widerrufen.

General Elliot bekundete weiter, die Miliz habe sechs Maschinengewehre mit 150 000 Patronen, Tausende von Flinten und Unmengen zugehöriger Munition konfisziert. Die Waffen seien von den Zechenbesitzern auswärts gekauft und nach dem Ausstandsgebiet gebracht worden. Zu welchem Zwecke das geschah, erzählte mit der ehernen Unverfrorenheit des „Uebermenschen" der Millionen von Dollars reiche Zechenbaron Quinn Morton, dessen hochfahrendes und herausforderndes Auftreten zu mehrfachen heftigen Zusammenstößen mit Martine, einem Mitgliede des untersuchenden Senatsausschusses, führte.

Morton, der die Maschinengewehre bestellt hatte, um damit „seine" Privatpolizisten zu bewaffnen, fuhr mit Bonner Hill, dem Sheriff von Kanawha County, und einer Abteilung Privatpolizisten in einem gepanzerten Eisenbahnzuge zur Nachtzeit nach dem Bergwerksdorf Holly Grove. Der Zug fuhr, um die Bergleute zu „überraschen", ohne Lichter. Morton und Hill ließen das Dorf mit Maschinengewehren beschießen. Als ihr Feuer mit zwei Revolverschüssen erwidert wurde, fuhren die „Helden" davon, um nach einiger Zeit die Strecke zurückzudampfen und unter den verblüfften Männern, Frauen und Kindern ein neues Blutbad anzurichten. Der Senatsausschuß nahm letzte Woche eine Ortsbesichtigung vor, seine Mitglieder sahen mit eigenen Augen die von zahlreichen Kugeln durchbohrten Mauern der Hütten.

Die brutale, verbrecherische Gewaltpolitik verfehlte den gewollten Zweck. Statt die Bergleute klein zu kriegen und in die Stollen und Gänge zurückzutreiben, feuerte sie den Widerstand der Grubensklaven an. Glasscock hob den Belagerungszustand auf, um seinen perfiden Streich zu verüben. Auf seine Veranlassung traten Miliz-Offiziere und -Soldaten als Privatpolizisten in den Dienst der Grubenverwaltungen, um auf eine eventuelle zweite staatliche Verwendung trainiert zu werden. Monatelang wurde es mit dem privaten Knuten-Regiment versucht, ehe der Gouverneur Glasscock erneut den Belagerungszustand über das Kanawha-Revier verhängte. Inzwischen hatten die Miliz-Offiziere, welche anfangs ihre Aufgabe nicht begriffen hatten, im Dienste der Grubenbarone gelernt, daß sie nicht die Ordnung aufrechtzuerhalten, sondern skrupellos die Interessen der Zechen wahrzunehmen und die Ausständigen zu bekämpfen haben. Wurden unter dem ersten Belagerungszustande die Waffen Mortons konfisziert und Dutzende von Privatpolitisten, allerdings aus stichhaltigen Gründen, verhaftet, so begann nunmehr die niederträchtigste Gewaltherrschaft mit den eingangs geschilderten Verhaftungen und kriegsgerichtlichen Verurteilungen der Ausständigen.

Hatfield, der gegenwärtige Gouverneur, versprach denn auch angesichts der Feststellungen des sozialistischen Untersuchungskomitees und des Senatsausschusses schleunige Abhilfe. Er schuf sie auch in der Hauptsache. Das beweist allerdings gar nichts für Hatfield, der die drei ersten Monate seiner Amtsführung ganz in den Bahnen seines Vorgängers Glasscock wandelte; es tut lediglich dar, wie unverantwortlich die frühere Kosakenwirtschaft war.

In West-Virginia herrschten bis in die letzten Wochen hinein schlimmere Zustände als in den Sklavenstaaten des Südens vor dem Bürgerkrieg. Diese Südstaaten ließen niemals die Miliz ausrücken, um aus dem Blute und der Lebenskraft der Sklaven fettere Profite für die Plantagen-Besitzer zu münzen. Es geschah nicht, obwohl ein derartiges Vorgehen gegen die „menschlichen Haustiere" südlich der Dixon-Linie vor der Beschießung des Forts Sumter gegen kein amerikanisches Gesetz verstoßen hätte. Aber seitdem erfuhr das Gesetz eine Aenderung. Frech hat sich die Staatsgewalt von West-Virginia über das geltende Recht hinweggesetzt. Darum genießt West-Virginia den traurigen Ruhm, schlimmer zu sein, als die Sklavenstaaten, gegen die es, obwohl durch Seelenverwandtschaft mit ihnen verbunden, vor einem halben Jahrhundert die Waffen führte.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Eine reizende Neuheit, welche die Kinder spielend Geschicklichkeit erlangen läßt und gleichzeitig Anregung verschafft, erhält auf Wunsch jeder Leser dieser Zeilen kostenfrei von Reisle's Kindermehl-Gesellschaft Berlin W. 57. Es ist dies eine Ausschneidepuppe mit drei verschiedenen allerliebsten Gewändern, womit die Kinder sehr gern und lange spielen. Auf Wunsch wird eine Probedose des berühmten Kindermehls umsonst beigefügt. *1130

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 15. Juli 1913.

Parteigenossen!

Die Distriktsbesprechungen in Halle finden am Donnerstag, den 17. Juli, abends 8½ Uhr, in den bekannten Lokalen statt. Da verschiedene sehr wichtige Parteiangelegenheiten erledigt werden sollen, ist ein recht starker Besuch erwünscht.

Distrikt 7. Infolge der Mitgliederzunahme und um die Agitation erfolgreicher zu gestalten, ist der bisherige Distrikt 7 geteilt worden. Der neue Distrikt 7 setzt sich nun aus folgenden Straßen zusammen: Torstraße 21—47, Tholuckstraße, Böllbergerweg, Leostraße, Stadtgutweg, Ludwigstraße, Gesenius- und Röntgenstraße. Distriktslokal: Terrasse, Böllbergerweg 23. — Distrikt 7a setzt sich zusammen aus: Torstraße 1—20 und 47—62, Vereinsstraßen, Wolfstraße, Wegscheiderstraße, Berlenerstraße, Wörmlitzerstraße, Buggenhagenstraße, Canteinstraße, Paul Riebeckstraße, Mühlgrabenstraße und Wittestraße. Distriktslokal: Glauchaer Ballsäle, Lerchenfeldstr.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Auf zum Kinderfest!

Morgen, Mittwoch, nachmittags um 3 Uhr, beginnt im Volkspark das diesjährige Kinderfest des Sozialdemokratischen Vereins. Hoffentlich hat es bei günstiger Witterung wiederum eine so starke oder gar noch zahlreichere Beteiligung aufzuweisen, wie im Vorjahre. Für Belustigungen, Unterhaltungsspiele und kleine Geschenke ist wie früher reichlich gesorgt. Der bunte Nachmittagsumzug mit Musik, der bis zum Wettiner Platz führt, und auch der schöne Lampionumzug, werden sicher wieder freudigste Stimmung hervorrufen. Auch für musikalische Unterhaltung im Garten und Restaurant ist genügend gesorgt.

Kassenöffnung ist um 2 Uhr, Beginn des Konzerts um 3 Uhr. Billetts sind gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben in den Zigarrengeschäften Albrecht, Lindenstraße, Leuschner, Mittelwache und Spengler, früher Sanom, Geiststraße, in der Buchhandlung, im Parteisekretariat, Harz 42/43, und im Volkspark. Im Volkspark beginnt der Vorverkauf bereits Dienstag nachmittag 3 Uhr.

Die Genossinnen und Genossen, die sich an der Leitung der Spiele beteiligen wollen, werden ersucht, sich um 2 Uhr im Bibliothekszimmer einzufinden.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis.

Zweierlei Konzerte.

Ein Leser schickt uns folgende sehr zeitgemäße Gegenüberstellung:

Zu einer Tageszeit, in der der Arbeitsmann inmitten seiner Beschäftigung steht, wenn es bis Feierabend noch drei, vier oder mehr Stunden sind, drängt sich bereits in den Gärten einiger größeren Lokale fast alltäglich die Menge der Leute, die sich gewöhnlich nicht laut genug über den Aufstieg der Arbeiterklasse und ihre jetzige „Begehrlichkeit" aufregen können.

Sonntags ins Konzert zu gehen, gilt in diesen bürgerlichen Schichten nicht mehr als „standesgemäß", könnte man da doch Leute mit schwieligen Händen treffen. Es ist daher nur der wirklich „fein", der die Wochentags-Nachmittags-Konzerte besucht. Da ist man so schön unter sich. — Pünktlich zu erscheinen, ist auch nicht „fein". Wer etwas später kommt und dazu viel Wesens von sich macht, fällt am meisten auf. Und da man auffallen will, kommt man eben später. Der Platz ist zu reserviert. Denn schließlich will man nur da sitzen, wo man auch „gesehen" wird. Das ist eine der Grundbedingungen für den „Genuß" des Konzertes! — Selbstverständlich kommt man „nur" der Musik halber. Man ist ja Kenner, denn zu Haus im Salon steht ein Klavier, auf dem man, so gut es geht, die neuesten Schlager seichter Operetten herunterklimpert.

So sind sie denn allmählich alle gekommen. Die Herren Studenten mit ihren tranchierten Köpfen, die begüterte Witwe mit ihren drei heiratsfähigen Töchtern, der hohe Beamte mit Familie und wer sie alle sind.

Das Hauptinteresse konzentriert sich zunächst auf die Feststellung, wer alles da ist. Ist das erledigt, dann beginnt die Kritik der Toiletten, und so kommt nach und nach eine lebhafte „Unterhaltung" in Fluß, die nur ab und zu durch einen heftigen Schlag des Paukenschlägers, ganz bestimmt aber nach Schluß des jeweilen Musikstückes unterbrochen wird, denn dann ist die Gelegenheit zur Erfüllung des Hauptzweckes des Konzertbesuchers herangekommen. Fast blitzschnell erheben sich die bereits über die langen Stücke recht nervös gewordenen jungen Damen, und die übliche Promenade nimmt ihren Anfang. Kein Gang, kein Zwischenraum bleibt verschont! Hat man sich denn etwa umsonst aufgeputzt? Und für was hat man schließlich die in allen möglichen Farben schillernden Kleider angezogen, von Mama die nötigen Anweisungen erhalten, jede Kose, jeden Augenaufschlag einstudiert? Wegen der Musik? Ja wo! Die Konzerte sind nur noch Gelegenheiten zur Anpreisung an die heiratslustige Männerwelt, ein Heiratsmarkt im modernen Sinne. Aeltere und jüngere Mädchen sind in Massen vertreten, um diese „anständige" Gelegenheit, ihre Netze auszuwerfen, zu benutzen; und vom zweiten Teil des Konzerts ab konzentriert sich das allgemeine Interesse nur noch auf die jeweilige „Marktlage." — Der Volksmund hat diese Veranstaltungen deshalb mit Recht „Konzertgestüte" getauft. — Oben aber spielt die Musik im Schweiße ihres Angesichts Wagner, Mozart und dergleichen. — —

Wie ganz anders bei Volkskonzerten. Ein schöner Abend. Schon lange vor Beginn alles besetzt. Eifrig werden die Programms studiert, Spannung liegt auf allen Gesichtern. Der Kapellmeister erhebt sich und Totenstille tritt ein. Die feinsten Pianos, die leisesten Triller der Flöten, jeder Ton wird von der aufnahmebegierigen Menge genau vernommen. Man folgt dem Dirigenten willig in das Reich der Töne und findet Genuß am Gehörten. Dort sitzt ein junger Mann, dessen Hände unbewußt den Rhythmus des Stückes schlagen, jener flötet ganz leise eine Melodie, andere schauen wie benommen ins Weite; so ist jeder bei der Sache. Und die Kapelle spürt diese Andacht der Menge und gibt ihr Bestes. Reich rauscht der Beifall der Zuhörer und so ist alles auf seine Rechnung gekommen. Das „Volk" hat sein höheres Musikverständnis bewiesen und die morsche „Kultur" der Oberschicht beschämt!

Die Fleischpreise steigen!

Die städtische Teuerungsdeputation hat vor Wochen, als sie den städtischen Fleischvertrieb einstellte, erklärt, daß der Vertrieb wieder eröffnet werden soll, wenn eine neue Verteuerung des Fleisches eintritt. Diese Tatsache liegt jetzt vor. Die Fleischpreise steigen weiter! In der zweiten Hälfte des Juni haben die Preise für Fleisch im Kleinhandel im Wochendurchschnitt von 52 Orten gegenüber der ersten Hälfte des Juni zumeist wieder zugenommen. Lediglich der Preis von Schweinefleisch ist mit 164,5 Pf. gegen 164,8 Pf. für das Kilo ziemlich gleich geblieben. Dagegen ist der Preis für Rindfleisch von 178,7 Pf. auf 179,8 Pf., der für Kalbfleisch von 200,7 Pfennig auf 201,1 Pf. und der für Hammelfleisch von 201,7 Pf. auf 201,8 Pf. gestiegen. Schweineschinken im ganzen und Schweinespeck behielten den Preis vom Anfang Juni mit 269,7 und 193,4 Pf., dagegen stieg Schweineschinken im Ausschnitt von 277,5 Pf. auf 277,7 Pf., inländisches Schweineschmalz von 136,2 Pf. auf 186,9 Pf. und ausländisches Schweineschmalz von 144,8 Pf. auf 144,4 Pf.

Diese Preissteigerung ist um so sonderbarer und deutet auf Treibereien hin, da das Angebot an den Schlachtviehmärkten ganz wesentlich zugenommen hat. Der Gesamtauftrieb von Vieh an 40 deutschen Märkten, für die eine fortlaufende Statistik vorliegt, belief sich im Juni 1913 auf 70,04 Millionen Kilogramm gegen 70,06 Millionen Kilogramm im Vorjahre. Im Mai d. J. war der Gesamtauftrieb noch um 4,65 Millionen Kilogramm unter dem vorjährigen Niveau geblieben. Es verdient besondere Beachtung, daß in diesem Jahre von Mai auf Juni eine Steigerung des Angebots eingetreten ist, während sich im Vorjahre eine Abschwächung zeigte. Der Auftrieb in den ersten sechs Monaten 1913 belief sich insgesamt auf 450,62 Millionen Kilogramm gegen 414,57 Millionen Kilogramm in der vorjährigen Vergleichsperiode.

Wenn trotz dieses erhöhten Angebots an Vieh die Fleischpreise nicht — wie es eigentlich sein müßte — sinken, sondern gar noch steigen, so heißt es für die städtische Teuerungsdeputation, jetzt ihr Versprechen zu lösen und dieser frevelhaften Preistreiberei durch Wiedereröffnung des städtischen Fleischverkaufs energisch entgegenzuwirken!

Auf dem rechten Wege.

Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge gibt gegenwärtig ein Handbuch für Jugendpflege heraus, in dem über 80 Autoren die verschiedenen Gebiete der Jugendpflege behandeln. In der jetzt vorliegenden 9. und 10. Lieferung schreibt Hildegard Böhme, ein Mitglied der Zentrale, auch über die „sozialdemokratische" Jugendbewegung. Und zwar braucht sie dazu nicht ganz zwei Seiten des bis zur zehnten Lieferung schon sechshundertvierzig Seiten starken Buches. Trotz der räumlichen und auch inhaltlichen Beschränkung — die Autorin gibt fast nur einige Zahlen des letzten Jahresberichts der Zentralstelle der arbeitenden Jugend wieder — sieht sich die Verfasserin aber doch durch die Tatsache gezwungen, der freien Jugendbewegung Anerkennung zu zollen. Nachdem sie ihr dank der schiefgeschliffenen Brille, durch die sie diese Bewegung betrachtet, „geflissentliche Verzerrung geschichtlicher Tatsachen und täuschende Beleuchtung bestehender Zustände" vorgeworfen hat, kann sie „doch der durchdachten, pädagogisch und technisch sehr geschickten Arbeit der Jugendorganisation die Anerkennung nicht versagen". Und weiter: „Gerade mit Rücksicht auf die Begeisterung und die Opferfreudigkeit, zu der sie die Jugendlichen im Dienste ihrer Organisation erzieht, wird man der Arbeit auch eine erzieherische und ethische Bedeutung zugestehen müssen."

Das ist nicht die erste Anerkennung, die sich die freie Jugendbewegung vom Gegner erzwingt. Aber es ist eine mehr, und mit allen anderen so gut wie die Angriffe von gegnerischer Seite ein Ansporn für alle, die im Dienste der freien Jugendbewegung stehen, auf dem eingeschlagenen Wege fort, vorwärts und aufwärts zu schreiten. Zwingt die Bewegung den Gegner zur Anerkennung, so nimmt das die freie Jugendbewegung zur Notiz — nichts weiter. Stellt der Gegner ums Widerstand in den Weg, nimmt er zur Verleumdung seine Zuflucht, so hat denn die freie Jugendbewegung die „mit allen Mitteln versuchte intensive Agitation" — selbstverständlich mit allen ehrlichen Mitteln versuchte Agitation — entgegenzusetzen. Sie ist wirksam und auf die Dauer unwiderstehlich. Und das ist der Grund, warum die Verfasserin jenes Abschnittes im Handbuch diese intensive Agitation „aufs tiefste bedauern muß".

* **Abendkonzert im Volkspark.** Wie aus dem gestrigen Inserat ersichtlich, findet heute, Dienstag, abend, bei günstiger Witterung ein Operetten-Abend mit besonders ausgewähltem Programm statt. Der Besuch wird hoffentlich recht zahlreich sein.

* **Achtung, Modelltischler!** In unserer Nachbarstadt Leipzig sind am 2. Juli sämtliche Modelltischler der Modellfabriken in den Streik getreten. Sie arbeiteten bisher unter einem Vertrag, der am 30. Juni ablief. Nachdem die Unternehmer zunächst den ausgearbeiteten neuen Vertragsentwurf für unannehmbar bezeichneten, stellte es sich bei den weiteren Verhandlungen heraus, daß sie überhaupt jede tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ablehnen. Sie glauben den früheren Zustand wieder herbeiführen zu können. Jeder Einfluß der Organisation auf Lohn- und Arbeitsbedingungen soll ausgeschaltet werden; das Recht des Unternehmers soll es sein, diese Fragen nach freiem Ermessen zu regeln, zu diktieren, was er will.

Diese Haltung der Leipziger Unternehmer scheint nicht in letzter Linie auf die vor kurzem in Halle erfolgte Gründung des Verbandes der Modellfabrikanten Deutschlands zurückzuführen zu sein. Die dort getriebene Scharfmacherei scheint auch bei den kleinen Meistern der Metallbranche ein williges Ohr gefunden zu haben, und so ist wohl der Kampf in Leipzig als erstes Versuchsobjekt dieser neuesten Unternehmerorganisation ausersehen.

Die einmütige Arbeitsniederlegung der Leipziger Modelltischler beweist, daß sie alles daran setzen werden, den geplanten Schlag abzuwehren. Es seien deshalb auch ihre hiesigen Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß jedes Arbeitsangebot aus Leipzig abzulehnen ist. Jede Wahrnehmung über Streikarbeit ist sofort dem hiesigen Verbandsbureau, Harz 42-43, mitzuteilen. Leider hat sich schon ein Hallescher, der unorganisierte Modelltischler Leißling, bereit gefunden, als einziger in einem Betrieb in Wahren stehen zu bleiben und noch zu erklären, daß er sich in seiner Einsamkeit sehr wohl fühle.

Holzarbeiterverband, Ortsverwaltung Halle.

* **Ein Schwimmfest gefährdet die Sittlichkeit,** das war die sonderbare Ansicht der Halleschen Polizei, die dem Arbeiter-Schwimmerverein zunächst verboten hatte, zu seinem am letzten Sonntag abgehaltenen öffentlichen Schwimmfest Damen als Zuschauerinnen zuzulassen!! Nach eindringlichen Vorstellungen des Vorstandes hob die Polizei jedoch das mittelalterlich anmutende Verbot wieder auf. Sie hatte sich eines besseren besonnen und sie wäre auch mit ihrem empfindlichen Gefühl vor der Oeffentlichkeit recht schlecht weggekommen, um so mehr, da wir bereits im nahen Lettin und ja auch in zahlreichen Großstädten Familienbäder zu jedermanns Benutzung haben. Soviel wir erfahren haben, hat auch am Sonntag keine der Besucherinnen an den 70 trifotheekleidaten Männergestalten „Aergernis" genommen. Das Fest verlief vielmehr prächtig und brachte dem Verein 15 neue Mitglieder.

* **Ein raffinierter Gaunertrick.** Die Landschaftliche Bank der Provinz Sachsen sandte vor einigen Tagen an einen Landwirt in Ettingen einen Wertbrief mit 36 Tausendmarkscheinen. Der Landwirt erhielt den Brief durch den Briefträger zugestellt, öffnete ihn im Beisein desselben und zeigte dem Briefträger, daß der Brief nicht das Geld, sondern nur wertlose Papierstreifen enthalte. Ein sofort von hier beordneter Kriminalkommissar stellte jedoch fest, daß der Landwirt beim Oeffnen des Briefes den Briefträger mit Herausgabe von Invalidenmarken zu beschäftigen wußte, das Geld aus dem aufgeschnittenen Brief geschickt herausnahm, beiseite brachte und dafür die wertlosen Papierstreifen hineinsteckte. Dies alles ging so schnell, daß der daneben stehende Briefträger, der die Invalidenmarken abzählte, nichts merkte. Der Landwirt gab,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130716-16/fragment/page=0006

nachdem zwei Tausendmarkscheine bei ihm gefunden worden waren, die Übrigen freiwillig heraus und gestand sein Manöver ein.

* **Selbstmord?** Heute morgen wurden in den Pulverweiden an der wilden Saale in der Nähe des Frauenfreibades 1 Hut, 1 Stock und 1 Zettel gefunden. Aus dem Inhalt des Zettels geht hervor, daß sich der Besitzer der Sachen jedenfalls ertränkt hat.

* **Schwierige Festnahme.** In angetrunkenem Zustande zertrümmerte ein Arbeiter gestern vormittag die Wirtschaftsgegenstände seiner Mutter. Seiner polizeilichen Festnahme suchte er sich dadurch zu entziehen, daß er auf das Dach des Hauses flüchtete. Er kehrte aber bald darauf zurück und wurde der Wache bis zu seiner Ernüchterung zugeführt.

Feuer. Gestern vormittag entstand in der am Lettiner Wege gelegenen Kunstfeuerwerkerei von Herm. Pfeiffer, Kröllwitzer Straße 12, infolge Explosion ein Feuer, das einen Arbeitsraum und einen hölzernen Papierlagerschuppen vernichtete. Die Explosion soll durch Reibung von Pulverstaub entstanden sein. Der Schaden beträgt etwa 4000 Mk. Versichert war nichts. Der Betrieb geht aber unbehindert weiter.

Vereins- und Vergnügungskalender.

Walhalla-Theater. Das Operetten-Ensemble Jung Wien im Walhalla-Theater erfreut sich großer Erfolge, wie die gut besuchten Häuser aufweisen. — Heute, Dienstag, gelangt der Zigeunerbaron zur Aufführung und morgen kommt die mit Beifall aufgenommene Milldeckersche Operette Die sieben Schwaben zur Aufführung.

Apollo-Theater. Heute abend findet die letzte Aufführung des Schauspiels Der verflossene Reßdorf statt. Morgen, Mittwoch, geht die Schauspielnovität Aus erster Ehe erstmalig in Szene.

Motorboot nach der Rabeninsel. Am Mittwoch, den 16. Juli, nachmittags 3 Uhr, nach Nötzig. Abends 8½ Uhr: Mondscheinfahrt. Abfahrt vom Unterplan mit Musik. Am Donnerstag, den 17. Juli, vormittags ½10 Uhr Ferien-Sonderfahrt nach Merseburg. Rückfahrt nachmittag 4 Uhr von Merseburg. — Die Sonderfahrt nach Beuchlitz fällt aus.

Könnern. **Feuer.** Heute morgen brach in dem Grundstück des Barbiers K. Hartmann Feuer aus, das das Nebengebäude, die frühere Wattefabrik, vollständig einäscherte. Wie das Feuer entstanden ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Nach langer Pause ist es innerhalb drei Tagen das zweite Mal, daß unser Ort durch Feuer heimgesucht worden ist.

Aus der Provinz.

Ich bin der Bürgermeister!

Erbauliches aus dem reichstreuen Gerbstedt.

Daß den Bürgermeistern der Kleinstädte als Polizeiverwalter und Amtsanwälte eine große Macht zusteht, ist allgemein bekannt. Mit dieser Machtbefugnis ist natürlich auch eine große Verantwortung verbunden. Glücklich können sich die Einwohner des Städtchens preisen, dessen Oberhaupt sich dieser Verantwortung voll bewußt ist. In dem „reichstreuen", im Kreise Mansfeld gelegenen Städtchen **Gerbstedt** ist ein Teil der Einwohner der Ansicht, daß ihr Bürgermeister ihnen gegenüber parteiisch handelt und das öftern seinen Willen zur Geltung zu bringen sucht. Auf Grund dessen bestehen dort schon seit Jahren zwei Parteien — die Magistrats- und die Oppositionspartei —, die sich gegenseitig bekämpfen und die ihre Ansichten im Stadtparlament schon des öftern aufs heftigste zum Ausdruck gebracht haben. Daß diese unliebsamen, die Allgemeinheit wenig förderlichen Kommunalkonflikte einzelnen Stadtverordneten zum Verhängnis werden können, mußte der Bergmann und Stadtverordnete Hufenreuter aus Gerbstedt erleben. Er ist seit dem Jahre 1910 Stadtverordneter und steht auf der Seite der sogenannten Opposition. Eine von ihm getane Aeußerung in bezug auf diese Konflikte brachte ihm eine Anklage wegen Bürgermeister-Beleidigung ein. Da durch diese Aeußerung das „öffentliche Interesse" berührt sein sollte, erhob der Staatsanwalt Anklage, und die Strafkammer in Eisleben verurteilte H. zu 100 Mk Geldstrafe. Gegen dieses Urteil legte H. hauptsächlich wegen Ablehnung mehrerer Beweisanträge Revision beim Reichsgericht ein mit dem Erfolge, daß die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer nach Halle verwiesen wurde.

Zu der erneut stattgefundenen Verhandlung waren 19 Zeugen geladen, von denen allein 17 Stadtverordnete waren. Außerdem wurde der beleidigte Bürgermeister Aderhold als Nebenkläger zugelassen.

Vor Eintritt in die Verhandlung ermahnte der Vorsitzende den Bürgermeister, ja bei der Wahrheit zu bleiben, weil er als Partei auftrete, und weil man in Gerbstedt Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit hege.

Zu der Anklage äußerte sich Hufenreuter wie folgt: Ich bin seit dem Jahre 1910 Stadtverordneter. Als solcher habe ich öfters Beschwerden gegen den Bürgermeister mit unterschrieben, auch bin ich Mitglied einer Deputation gewesen, die die Beschwerden der Gerbstedter Einwohner persönlich beim Regierungspräsidenten vorgetragen. Auf Grund dessen sucht mich der Bürgermeister auf jede Weise zu schikanieren und zunichte zu machen; aber nicht nur mich allein, sondern alle, deren Ansicht von der des Bürgermeisters abweicht. Er benutzt dazu jede Handhabe. Eines Tages hatte es in Gerbstedt tüchtig geregnet, sodaß mein am Berge liegendes Stallgebäude einzustürzen drohte. In meiner Angst holte ich ein nicht weit von meiner Wohnung liegendes Stück Schiene und stützte damit das Gebäll, sodaß es nicht einstürzen konnte. Mein mir feindlich gesinnter Nachbar brachte die Sache zur Anzeige. Ich erhielt wegen Diebstahls drei Tage Gefängnis. Die von mir geltend gemachte Notlage wurde nicht anerkannt, im Gegenteil hat der Bürgermeister als Amtsanwalt die Sache aufgebauscht und dabei die Unwahrheit gesagt. Ich reichte ein Gnadengesuch ein, das aber wegen ungünstiger Auskunft des Bürgermeisters abschlägig beschieden wurde. Der Bürgermeister glaubt, ich sei Sozialdemokrat, das bin ich aber nicht, vielmehr bin ich mit einer kurzen Unterbrechung seit zehn Jahren Mitglied des reichstreuen Vereins. Im Mai v. Js. beabsichtigte ich, einen Schuppen zum Waschhaus umzubauen. Auf Anzeige meines Nachbars kam mir die Polizei ins Haus und verlangte eine Bauzeichnung. Obwohl mir zwei Sachverständige erklärt hatten, es bedürfe keiner Zeichnung, ließ ich doch eine anfertigen und brachte sie persönlich zum Bürgermeister.

Auf meine Einwendung, daß es doch wohl keiner Zeichnung bedürfe, sagte mir der Bürgermeister: „Diese Maurermeister schwatzen den armen Leuten was vor und die glauben alles, und werden sie dazu bestraft, dann fühlen sie sich noch beleidigt. Ich bin nicht derjenige, der alles bestraft, aber ich muß mich dabei vorsehen. Sie sind kein Freund von mir und haben alle Beschwerden gegen mich unterschrieben." Dies gab ich zu, bemerkte aber, daß ich es heute nicht mehr tun würde; meine Absicht sei schon länger gewesen, wieder gut Freund mit ihm zu werden. Das wollte der Bürgermeister auch bemerkt haben. Er habe aber geglaubt, es sei ein falscher Trick. Darauf sagte er wörtlich: „Ist es Ihr fester Wille Herr Hufenreuter, wieder umzukehren und mit mir zusammen zu arbeiten? Ich bedaure, daß Sie nicht früher gekommen sind. **Als Freund nehme ich Sie in Schutz, wer aber mein Feind ist, bei dem verfolge ich jede geringste Kleinigkeit.** Den Beweis haben Sie in Ihrem Nachbar Häbicke. **Der hat eine Straftat begangen, aber als meinen Freund verfolge ich ihn nicht, während ich meinen Feinden immer eins eindrecke.**" Dann bat ich den Bürgermeister, er möchte doch, die Anfrage wegen des Gnadengesuches günstig beantworten. Darauf hat der Bürgermeister gesagt: „Herr Hufenreuter, das schlimmste ist ja, daß Sie zu spät gekommen sind, die Anfrage ist ja bereits erfolgt. Wenn Sie mich nicht im Bureau trafen, warum sind Sie denn nicht nach meiner Wohnung gekommen? **Ich hätte Ihnen ein günstiges Zeugnis ausgestellt, auf das Sie auf alle Fälle freigekommen wären.** Aber bleiben Sie dennoch mein Freund, halten Sie Wort, ich werde alles für Sie tun." Darauf haben wir durch Handschlag unsere Freundschaft bekräftigt. Nach einiger Zeit bin ich beim Gärtnereibesitzer Körber in der Wohnung gewesen und habe mit ihm und dem Stadtverordneten Baumann diese Angelegenheit besprochen. Meine damaligen Aeußerungen hat Körber dann in einem Berufungsschriftsatz gegen ein auf Veranlassung des Bürgermeisters gegen ihn ergangenes Urteil benutzt. Am 4. September traf mich der Bürgermeister auf der Straße, er nahm mich mit nach dem Schulplatz, wo er mich bat, nicht so laut zu sprechen, da der Polizeisergeant in der Nähe wohne. Darauf sagte der Bürgermeister: „Herr Hufenreuter, was haben Sie denn nun wieder gemacht, ich kann doch die getane Aeußerung vor Gericht nicht zugeben; vor der Staatsanwaltschaft geht das doch nicht. **Wenn Sie Ihre Aussage aber trotzdem aufrecht erhalten, komme ich mit dem Eide, und Sie werden bestraft.** Geht das nicht, wenn Sie sagen würden, ich habe zu Körber gesagt, wäre ich früher des Bürgermeisters Freund gewesen, dann wäre ich wahrscheinlich frei gekommen. Dann ist das nur eine Vermutung, und die ist nicht strafbar. Wenn Sie dann noch sagen, Körber hat noch einige Worte dazu gemacht, dann gehen wir beide frei aus, während wir den andern (Körber) haben". Dann führte der Angeklagte noch an, daß vom Friedhof verschiedene wertvolle Sträucher gestohlen seien. **Einige davon habe man im Garten des Bürgermeisters wiedergefunden, und das seien gerade die schönsten gewesen.** Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich Hufenreuter der ungeheuren Schwere der eben getanen Aeußerung bewußt wäre, antwortete er ja.

Bürgermeister Aderhold, der als Nebenkläger zugelassen war, konnte der ganzen Verhandlung beiwohnen. Er bestritt, die Aeußerungen in der vom Angeklagten wiedergegebenen Weise getan zu haben. Seine Worte seien von dem Angeklagten verdreht worden. Man veranstalte gegen ihn ein wahres Kesseltreiben. Seine Hauptfeinde seien der Gärtnereibesitzer Körber und der Stadtverordnete Baumann. Körber habe geäußert, er wolle alles tun, um Aderhold fortzubringen. Baumann habe gesagt, er habe Aderhold nach Gerbstedt gebracht, er könne ihn auch von dort wieder wegbringen. Es seien schon 21 Beschwerden gegen ihn losgelassen. Die Aeußerung: „Wären Sie mein Freund gewesen usw.", stellte der Bürgermeister so dar, als habe er gesagt, er könne die Anzeige nicht wieder zurücknehmen und wenn es sein Vater oder Bruder wäre. Daß sie sich die Hände gereicht haben, sei wahr; er habe geglaubt, in den Augen des Angeklagten Tränen zu sehen, und da seien ihm selbst die Tränen der Rührung gekommen. Und das habe ihn zu dem Händedruck veranlaßt.

Da keiner der 18 Zeugen bei dem Gespräch zwischen dem Bürgermeister und dem Angeklagten zugegen gewesen ist, konnte sich ihre Aussage auch nicht auf das Gespräch direkt beziehen. Die geladenen Stadtverordneten sollten nur ein Bild von den seit Jahren in Gerbstedt herrschenden Zuständen ergeben. Dabei stellten die Verteidiger der Parteien eine Menge Beweisanträge in Aussicht. Hufenreuters Verteidiger hatte eine Anzahl Zeugen dafür benannt, daß sich Aderhold in seinen amtlichen Funktionen von persönlichen Sympathien und Antipathien leiten lasse. Weiter stellte er noch den Antrag, den als Zeugen geladenen Bergmann Fischer darüber zu vernehmen, daß der Bürgermeister zu ihm gesagt hat: „Bedenken Sie, wer ich bin! **Als Amtsanwalt kann ich Sie nicht nur mit 30 Mk. Geldstrafe bestrafen, sondern ich kann Sie ins Gefängnis bringen, und Ihre Kinder auf die Anstalt.**" Der Vertreter des Nebenklägers hatte einige Zeugen aufgeboten, die bekunden sollten, daß Herr Aderhold sowohl als Bürgermeister als auch als Amtsanwalt streng pflichtgemäß und ohne Ansehen der Person vorgegangen sei. Doch mußte er zugeben, daß in der Tat in der Gerbstedter Bürgerschaft in ihren Beziehungen zum Bürgermeister teilweise die unerquicklichsten Verhältnisse geherrscht haben. Das Gericht beschloß jedoch, alle Beweisanträge abzulehnen und nur noch den frühern Stadtverordnetenvorsteher Körber zu vernehmen.

Zeuge Körber erhob in seiner Aussage gegen den Bürgermeister den Vorwurf, daß er nicht sachlich sei. Dieses Gefühl teile ein erheblicher Teil der Gerbstedter Einwohner, denn vor der Wiederwahl Aderholds habe eine Stadtverordnetenkommission ausdrücklich in einem Protokoll alle Beschwerdepunkte gegen sein bisheriges Auftreten zusammengestellt. Sie habe einstimmig anerkannt, daß eine ziemlich tiefgehende und ausgedehnte Mißstimmung gegen Aderhold in der Bürgerschaft bestehe. Besonders tadelnswert habe sie sein zu schroffes Betonen seiner Beamtenqualifikation und sein rigoroses Auftreten zumal gegen Niedrigstehende gefunden. Die Beschwerdepunkte seien Aderhold vorgehalten worden, worauf er versprochen habe, in Zukunft anders zu werden und keine Gelegenheit zur Unzufriedenheit der Bürgerschaft mehr zu geben. Erst auf dieses Versprechen hin sei er wiedergewählt worden.

Das Gericht unterstellte als wahr, daß es in Gerbstedt eine größere Anzahl von Leuten gibt, die den Bürgermeister für parteiisch halten. Auch betreffs Hufenreuters nahm es an, daß er des guten Glaubens sei, Aderhold habe sich parteiisch gegen ihn gezeigt. Ferner erkannte die Strafkammer an, daß er die unter Anklage gestellten Worte nicht einfach erfunden, sondern sie sich aus der Unterredung mit Aderhold so zurechtgelegt habe. Doch sind sie ihn einer Beleidigung schuldig und verurteilte Hufenreuter nach kurzer Beratung wegen Behauptung nicht erweislich wahrer Tatsachen abermals zu 100 Mark Geldstrafe. Begründend wurde angeführt, daß der Angeklagte durch den Vorwurf der Parteilichkeit den Bürgermeister vorsätzlich habe beleidigen wollen. Seine Angaben seien durch die Aderholds widerlegt worden. Auch von der Wahrung berechtigter Interessen könne keine Rede sein, denn er habe die Aeußerung in der Wohnung Körbers nicht als Stadtverordneter getan, sondern „um seinem Herzen Luft zu machen."

Nach all den Behauptungen, die der Angeklagte im Verlaufe des Prozesses aufgestellt hat, bedeutet das nicht gerade hoch erscheinende Strafmaß unserer Meinung nach keineswegs einen Sieg des nach Ansicht des Gerichts beleidigten Bürgermeisters. Wir geben uns auch nicht der Hoffnung hin, daß nunmehr die tiefgehende und ausgedehnte Mißstimmung unter der Bürgerschaft beseitigt sei.

Vereine und Versammlungen.

Naundorf b. L. Parteigenossen! Donnerstag, den 17. Juli, abends ½9 Uhr, findet im Restaurant Guter Mond unsere Mitgliederversammlung statt.

Gautag der Buchdrucker.

Am letzten Sonntag fand in Dessau im Anhalt die Delegiertenversammlung des Gaues An der Saale des Verbandes der deutschen Buchdrucker statt, an dem außer den Delegierten eine große Anzahl der Dessauer sowie auswärtiger Kollegen teilnahm. Die Dessauer Kollegenschaft hatte es unternommen, durch Veranstaltungen verschiedenster Art den Tag zu einen echten rechten Buchdruckertag zu gestalten, was ihr an Hand des schönen und geräumigen, im Besitz der Dessauer Arbeiterschaft befindlichen Lokals herrlich gelungen ist. Den eigentlichen Verhandlungen voraus ging ein Festakt, aus Anlaß des 40jährigen Bestehens des Gaues, der vom Buchdruckergesangverein Gutenberg durch den Vortrag der Festhymne von Schweichert wirkungsvoll eröffnet wurde. Es folgten die üblichen Begrüßungen, von denen wir die des Gauvorstehers König-Halle hervorheben, der eine kurze Schilderung des Werdeganges des Gaues zum besten gab. Mit einer kleinen Schar Unentwegter wurde der Gau im Juni 1873 gegründet, um sich langsam aber stetig zu seiner heutigen Höhe emporzuschwingen. 1875 zählte der Gau 142 Mitglieder in 25 Orten; 1913 sind es 3047 in 100 Orten! Welche Unsumme von Arbeit und treuer Pflichterfüllung ist in diesen Ziffern enthalten.

Die Festrede des Verbandsvorsitzenden Döblin-Berlin fand bei den Versammelten lebhaften Anklang. Döblin beglückwünschte den Gau zu seinem Jubiläum und würdigte die Verdienste, die sich der Gau im Kampfe um die Hebung der Lage seiner Mitglieder als würdiges Glied des Verbandes erworben. Er streifte das Verhältnis zur anderen Arbeiterschaft und warf ein grelles Schlaglicht auf die Gegner des Verbandes, die tariffeindlichen Unternehmer, die in der Wahl ihrer Mittel nicht immer wählerisch seien. In beherzigenswerten Worten forderte Döblin die jungen Kollegen auf, sich mehr an den Verbandsarbeiten zu betätigen, da sie es seien, die einst die Prinzipien und die Gedanken hoch halten müßten, die der Verband immer vertreten und die ihm so groß gemacht haben. Er gedachte der Mitwirkung des Gaues an der Ein- und Durchführung der Tarifgemeinschaft und forderte alle auf, einmütig in bisheriger Weise weiterzubauen zum Wohle der Gesamtheit.

Der Gautag tritt sodann in seine Beratungen ein. Anwesend sind 72 Delegierte, 10 Bezirksleiter, der gesamte Gauvorstand und der Zentralvorsitzende Döblin-Berlin. Den gedruckt vorliegenden Jahresbericht gibt König-Halle. Der Gab umfaßt 189 Druckorte mit 414 Druckereien; tarifiert sind 345 Druckereien, 69 (meist kleine) sind nicht tarifiert. Den 3047 Verbandsmitgliedern stehen 91 Gutenbergbündler und 532 Nichtorganisierte gegenüber. Die Zahl der Nichtorganisierten ist gegen das Vorjahr merkwürdigerweise gestiegen. Der Gauvorsteher erklärt das durch genauere Bearbeitung der statistischen Fragebogen, da eine Veränderung der Verhältnisse von seinem Orte gemeldet sei. Das Gauvermögen veränderte sich um 1746,67 Mk. und beträgt laut Bericht 41 000,86 Mk. Vereinnahmt wurden 38 982,70 Mk., verausgabt 40 679,37 Mk. Die Zuschüsse an Arbeitslose erforderten 15 605 Mk. gegen 7283 Mk. im Jahre 1907, die Zuschüsse an Kranke 7892,85 Mk. gegen 3669,05 Mk. im Jahre 1908. Die Zuschüsse laufen neben den regelrechten Verbandsunterstützungen, wodurch obige Ziffern erst ihre richtige Würdigung finden. Für die herrschende Arbeitslosigkeit sind folgende Ziffern bemerkenswert: 1907: bei 2334 Mitgliedern 24 261 Arbeitslosentage; 1912: bei 3047 Mitgliedern 47 785 Tage. Die Krankentage dagegen stiegen nur von 19 973 auf 27 514 Tage im gleichen Zeitraum. Die Arbeitslosentage stiegen also auf das doppelte bei nur 700 Mitgliedern mehr; die Krankentage dagegen stiegen normal. Die Einführung des neuen Tarifs ging ziemlich glatt von statten. Zwei Personale wurden zur Kündigung gezwungen, die indes wieder zurückgingen. In der Diskussion wurde u. a. die Gründung solcher Arbeitslosenkassen verurteilt, die unterbleiben müßten.

Nach der hierauf eingetretenen Mittagspause hält der Gauvorsteher König ein ausführliches Referat über die letzthin in Danzig abgehaltene Generalversammlung des Buchdruckerverbandes und läßt die einzelnen Beschlüsse Revue passieren. Er betont die seltene Einmütigkeit, in der die Verbandstagung ihre Aufgaben löste und hofft, daß der Gautag die gefaßten Beschlüsse sanktioniert. Kunzemann-Magdeburg kritisiert, daß die Mitglieder von wichtigen Vorgängen im Gewerbe und im Verbandsleben nicht zeitig genug orientiert würden, was er an der Hand eines Hamburger Streitfalles beweist. Er wünscht entschieden eine schärfere Tonart gegenüber den tariffeindlichen Elementen im Gewerbe. Ihm antwortet Döblin mit manchen recht bemerkenswerten Aufklärungen; die Instanzen haben vollkommen korrekt gehandelt, weshalb er fordern müsse, daß den betr. amtierenden Kollegen auch weiter das Vertrauen gewährt werde. Nach längerer Diskussion gelangt in bereits stark vorgerückter Stunde ein Antrag des Vorstandes zur Debatte, die bisherige Bezirksteilung aufzuheben und statt 10 nur 4 große Bezirke zu errichten, und zwar Halle, Magdeburg, Dessau und Halberstadt. Alljährlich soll eine Bezirksversammlung an Vorort stattfinden. Gaukassierer Ohls-Halle begründet eingehend den Plan und wünscht seine Annahme. Herwig-Magdeburg wendet sich gegen ihn. Er erblickt in der Vorlage keine wesentliche Besserung und beantragt in längerer Rede, alle Bezirke aufzuheben und den Gauvorstand zu beauftragen, dem nächsten Gautag eine entsprechende Statutänderung vorzulegen. Büttner-Hettstedt ist wohl für eine Verringerung der Bezirke, nicht aber für deren gänzliche Aufhebung. Die Debatte wendet sich für und gegen, bis schließlich der Vorstand seinen Antrag zurückzieht und der Antrag Herwig angenommen wird. Bis zum nächsten Gautag bleibt es also beim alten. Die weiteren Punkte sind meist geschäftlicher Natur und werden teils zurückgezogen, teils abgelehnt. Ein Antrag Sangerhausen, der nach jeder größeren Tagung Referate in Mitgliederkreisen auf Kosten der Gaukasse wünscht, wird ebenfalls zurückgezogen. Der Gauvorsteher gibt einige Beispiele, wie die Ortsvereine die ihnen von der Gaukasse zurückerstatteten Einnahmen nicht verwenden sollen; jene Einnahmen sind zur Agitation bestimmt. Die Gehälter und Remunerationen bleiben dieselben, mit Ausnahme des Gauvorstandes, der im Gehalt dem im Amte älteren Gaukassierer gleichgestellt wird. Als Diäten für die Delegierten werden 6 Mk. und Fahrt 3. Klasse bestimmt. Der nächste Gautag ist in Halberstadt. Nach einem Rückblick auf die Verhandlungen schließt der Gauvorsteher mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf den Verband ¾8 Uhr abends den Gautag.

Schkeuditz. Zur Stadtverordnetenwahl. Der Magistrat macht bekannt, daß vom 15. bis 30. Juli die Bürgerliste in der neuen Schule zur Einsicht öffentlich ausliegt. Den Arbeitern bringen wir hierdurch zur Kenntnis, daß die Bürgerrechtskomission die Einsichtnahme auf Grund eigener Listen für sämtliche Arbeitervähler vornimmt. Es braucht also kein Arbeiter die Einsichtnahme, welche mit Lohneinbuße verknüpft ist, selbst vorzunehmen.

— Die Zeitungs-Kommission macht bekannt, daß sie zu ihrem Vorsitzenden den Genossen Friedrich Hordorff, Markt 3, gewählt hat. Alle Beschwerden über das Zeitungswesen sind an den Vorsitzenden zu richten.

— Von der Angestellten-Versicherung. Anstelle des in Konkurs geratenen und von hier verzogenen Kaufmanns Sitsch ist Genosse Sämisch vom Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte als Vertrauensmann für die Angestelltenversicherung im Wahlkreise Merseburg-Land berufen worden. Genosse Sämisch wurde bei der fraglichen Wahl bekanntlich als Ersatzmann gewählt.

Wolfen. Unfall bei der Arbeit. Auf der Braunkohlengrube Hermine wollte der verheiratete Arbeiter B. aus Wolfen zwei kohlengefüllte Drahtseilwagen über eine Transmission befördern, wobei er ins Getriebe geriet. Er konnte indessen noch im letzten Augenblick zurückgucken, so daß er mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130716-16/fragment/page=0007

einfachen Quetschwunden an Rumpf und Kopf davonkam, sich aber trotzdem in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Zörbig. Einen schrecklichen Tod erlitt am Sonntag nachmittag der Domäneninspektor Meyenberg aus Merzien. Meyenberg wollte mit seinem Motorrad nach Kütten am Petersberge fahren; dabei hatte er die Gleise der Radegast—Zörbiger Bahn zu kreuzen. Als er trotz des herannahenden Zuges die Schienen noch passieren wollte, wurde er von der Maschine erfaßt und sofort getötet. Seine Leiche ist furchtbar verstümmelt worden.

Eilenburg. Mit Lysol vergiftet hat sich am Sonnabend abend der in der Bergstraße wohnende Arbeiter Friedrich Daumig. Der Beweggrund zur Tat soll in Furcht vor einer zu erwartenden gerichtlichen Strafe zu suchen sein.

Eisleben. Selbstmordversuch. Am Sonntag nachmittag stürzte sich aus einem Dachfenster des Hotels zum goldenen Schiffchen ein dort beschäftigtes Mädchen in selbstmörderischer Absicht auf das Straßenpflaster. Die Lebensmüde fiel auf den Leitungsdraht der elektrischen Bahn und stürzte darauf auf die Straße. Schwer verletzt wurde das Mädchen nach dem städtischen Krankenhause gebracht. Die erlittenen Verletzungen sollen lebensgefährlicher Art sein. Das Mädchen soll sich des Diebstahls schuldig gemacht haben. Die gestohlenen Sachen sollten in Strümpfen und Wäschestücken bestanden haben.

— In Notwehr soll sich ein städtischer Wächter befunden haben, der in der Nacht vom Sonntag zum Montag zwei jüngere Arbeiter erheblich verletzte. Die Verletzten sollen mit anderen am Kaiserhof in Schlägerei geraten sein. Der Wächter soll versucht haben, den Streit zu schlichten, dabei sollen die jungen Leute den Hüter der Ordnung geschlagen haben, der dann seinen Säbel zog und tüchtig zuhieb. Die Verletzten wurden nach der Wache gebracht, wo man jedenfalls ihre Personalien feststellte. Wir wollen uns über das schneidige Vorgehen des Wächters vorläufig jeder Kritik enthalten, aber was uns zur Kritik veranlaßt, ist, daß man die Schwerverletzten erst nach der Wache brachte, dort ihre Namen feststellte und sie dann unverbunden entließ. Man sollte doch annehmen, daß, wenn die Angreifer unschädlich waren, man erst für Hilfe sorgen mußte und dann konnten die polizeilichen Formalitäten erledigt werden.

Ermsleben. Die Stadtverordnetenwählerlisten liegen auch hier in der Zeit vom 15. bis 31. Juli auf dem Rathaus zu jedermanns Einsicht offen aus. Die Arbeiter werden dringend gebeten, sich zu überzeugen, ob ihr Name in der Liste enthalten ist, damit sie zum Herbst nicht ihres Wahlrechts verlustig gehen.

Wittenberg. Panik im Personenzuge Leipzig—Berlin. Ein eigenartiger Unfall ereignete sich am Sonnabend in einem Personenzuge zwischen hier und Jüterbog. Von einem vorbeifahrenden Güterzuge fiel eine große Tonne herab und prallte gegen den Personenzug, so daß eine Anzahl Fensterscheiben zertrümmert wurden. Eine große Aufregung entstand unter den Reisenden. Ein Herr, der aus dem Fenster gesehen hatte, schien von der Tonne schwer verletzt worden zu sein und taumelte in das Abteil zurück. Die Notbremse wurde gezogen und erst nach geraumer Zeit gelang es, die Reisenden zu beruhigen, nachdem man sich überzeugt hatte, daß nichts Ernstliches vorgefallen sei und auch der Herr nur leicht verletzt worden war. Das Vorkommnis rief aber eine halbstündige Verspätung des Zuges hervor.

Jessen. Abgelehntes Bahnprojekt. Die Vollversammlung der Potsdamer Handelskammer verhandelte in ihrer letzten Sitzung auch über das Bahnprojekt Guben-Dahme-Jüterbog-Jessen. Die Kammer sprach sich gegen dieses Projekt aus, da es für den Handel und die Industrie des Bezirks fast ohne jede Bedeutung sei.

Allerlei.

Heldengebeine zur Düngerfabrikation.

Die Stadt Danzig ist während der Napoleonischen Zeit zweimal der Schauplatz erbitterten Ringens gewesen. Einmal während des „unglücklichen" Krieges, als sie von Preußen und Russen verteidigt und von den Franzosen belagert wurde. Sodann 1813, als die Franzosen die Verteidiger und die Verbündeten die Angreifer waren. In jenen Tagen sanken viele Tausende Kämpfer ins Grab und die Erde in und um Danzig birgt ihr Gebein bis zum heutigen Tage. Ein Teil der Befestigungswerke von damals ist bereits vor Jahren gefallen, einen anderen Teil hat der Magistrat vom Fiskus erworben, um ihn gerade im Jahre der Erinnerungen an 1813 niederlegen zu lassen. Dabei kommen nun auch die in der Erde modernden Totengebeine zutage, und zwar in so großem Umfange, daß sie viele Wagenfuhren füllen. Die Knochen werden aber nicht etwa bestattet, sondern der Magistrat läßt es zu, daß sie von Frauen und Kindern gesammelt und, der Zentner zu 1.40 Mk., an Händler verkauft werden. Diese erscheinen mit Pferd und Wagen auf dem Platz und bringen, damit das „Geschäft" glatt von statten geht, sogar eine Dezimalwage mit. Das geschieht seit Wochen Tag um Tag, und Dutzende von Zentnern Menschenknochen sind aufgelesen worden. Sie werden, wie es heißt, einer Fabrik für Kunstdünger verkauft. Unser Danziger Parteiblatt und ebenso das Zentrumsorgan nahmen bereits vor mehreren Tagen diese Pietätlosigkeit zum Gegenstand einer längeren Betrachtung und wiesen darauf hin, daß Totengebeine kein Handelsobjekt sein sollten. Auch an die Gefahren, die den Knochenlesern selber drohen, erinnerte die Volkswacht, da es leicht möglich ist, daß Kinder durch Erdmassen verschüttet werden können. Ebenso ist nicht ausgeschlossen, daß die Wallruine Explosivkörper bergen kann, wie ein schweres Unglück, das sich beim Abbruch der Königsberger Umwallung ereignete, beweist. Nach wie vor sind täglich zahllose Kinder beschäftigt, die Ueberreste ihrer Urgroßväter aus der Erde buddeln, nach wie vor schafft man die Gebeine der Helden von 1806 und 1813 fuhrenweise in die Düngerfabrik!

Humor und Satire.

Selbsterkenntnis.

Umständlich und geräuschvoll schneuzen
Die Diplomaten ihre Nase:
„Seltsam! Man schlägt sich tot mit Kreuzen.
Das ist die allerneueste Phase.

Der Halbmond ist zum Neumond worden;
Man könnte mit ihm Stiefel wichsen.
Nun sind die Christen dran und morden
Sich brüderlich mit Kruzifixen.

Es gilt es reiflich überlegen
Den Wert der Demut und des Stolzes,
Und ob das der ersehnte Segen
Und Zweck des armen Marterholzes.

Warum das Christentum der Griechen,
Der Herr'n Bulgaren und der Serben
(Man kann es schon von weitem riechen)
Zum Töten besser als zum Sterben.

Doch ist bei näherer Betrachtung
An uns die Reihe des Erötens:
Sie stiegen ja in unsrer Achtung
Erst durch die edle Kunst des Tötens."

„Was wirft ihr immer vor uns beiden,
Daß die Moral ein bißchen lax is'.
Ein wahrer Christ muß unterscheiden
Klar zwischen Theorie und Praxis."

(E. Steiger im Simplizissimus.)

Letzte Nachrichten.

Bulgarien kapituliert.

Paris, 15. Juli. Der Petersburger Korrespondent des Figaro meldet, da Serbien und Griechenland dem ersten russischen Vermittlungsschritt gegenüber den Einwand erhoben haben, daß Bulgarien den Waffenstillstand zur Vorbereitung einer bewaffneten Bewegung gegen sie benutzen könnte, habe die russische Regierung vorgestern Bulgarien ersucht, seine gesamte Armee zu demobilisieren und zuzulassen, daß die serbischen und griechischen Truppen provisorisch in den von ihnen besetzten Gebieten verblieben. Bulgarien habe diese Bedingungen angenommen. Serbien und Griechenland hätten ihre Antwort bis nach der Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Pasitsch und Venizelos verschoben, aber es scheine, daß sie sich unter diesen Umständen dem Rufe Rußlands nicht entziehen könnten, und daß der Waffenstillstand unmittelbar bevorstehe.

Der rumänische Raubzug.

Bukarest, 16. Juli. Amtliche Meldung. Am 13. Juli hat eine starke Abteilung Infanterie, Kavallerie und Artillerie um 6 Uhr morgens Turtukai besetzt. Das ganze Gebiet zwischen der alten Grenze und der Linie Turtukai-Dobritsch-Baltschik ist jetzt unter der Herrschaft der rumänischen Truppen, welche keinerlei Verluste erlitten haben.

England und die Balkanlage.

London, 15. Juli. Beim Schlusse der Sitzung des Unterhauses erwiderte Sir Edward Grey auf die Anregung eines Mitgliedes über eine britische Intervention in dem neuen Balkankrieg, eine Erwägung über den Charakter des Krieges und die Leidenschaften, von denen er begleitet sei, zeige augenscheinlich, daß bloße Worte Außenstehender Mächte nicht geeignet seien, die Lage zu beeinflussen. Grey fragte, ob er das Haus um einen Kredit ersuchen dürfe, der zur Beilegung des Krieges Verwendung finden solle, und wenn dieser selbst bewilligt würde, was könne man bei einem Kriege zwischen Serbien und Bulgarien tun? — Eine Angelegenheit besonderer Wichtigkeit sei es, daß die Großmächte fortgesetzt miteinander in Berührung blieben und keiner von ihnen einen Schritt unternehme, der Schwierigkeiten zwischen ihnen verursachen könnte. Diese Ziele aber würden dauernd weiter verfolgt. Grey fuhr fort: Der günstige Ausblick, den ich dem Hause bieten kann, ist der, daß 1. der Krieg nicht lange dauern wird; 2. daß schon seine bloße Intensität ihn zum Abschluß bringen wird; 3. daß sich aus ihm hoffentlich keine Komplikationen ergeben, die einer Großmacht den Zusammenhang mit der anderen rauben und das europäische Konzert gefährden könnten. Die erste Sorge des europäischen Konzerts ist, sich selbst und die Harmonie zwischen seinen Teilen zu bewahren. Wenn dies nicht gelingen sollte, dann ist dies für Europa unheilvoller als alles, was sich bisher ereignet hat. Es ist jede Aussicht vorhanden, daß die Großmächte fortdauernd in Verührung bleiben werden und daß sie die Komplikationen überwinden, die in Zukunft entstehen könnten. — Das Haus nahm die Ausführungen Greys mit lebhaftem Beifall auf und vertagte sich dann.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, für Lokales Wilhelm Koenen, für Provinzielles Gottlieb Kasparek, für die Anzeigen Wilh. Herzig; Verleger Alfred Jähnig, sämtlich in Halle. — Druck der Hallesch. Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

2287
Die Marke des Tages
3 Pfg. DOYEN Cigarette
Adler Compagnie Act. Ges.

Persil

das selbsttätige Waschmittel
Kaffeeflecken
auch solche von Kakao, Tee, Obst, Blut, Tinte etc. herrührend, beseitigt spielend einmaliges Waschen in Persil
Denkbar gründlichste Reinigung
bei grösster Schonung des Stoffes und garantierter Unschädlichkeit.
Ueberall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Auch Fabrikanten der allbeliebten
Henkel's Bleich-Soda
*2340

An unsere Leser!
Wir bitten genau zu beachten, welche Geschäftsleute bei uns inserieren und alle die zu meiden, die ihre politische Gegnerschaft auf das Geschäftsleben übertragen.

2289 Rucksäcke für Damen, Herren und Kinder, sehr billig. C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Böttcher-Waren dauerhaft u. billig. P. Horlebeck, Kleine Ulricistraße 1/2 und Dachrisstraße 5. 36 Rabattmarken.

Das Einmachen der Früchte und die Zubereitung von Fruchtsäften, Getränken, Likören etc.
Ein reichhaltige Sammlung von bewährten Rezepten.
Preis 25 Pfennig.
Pergamentpapier, 2 Bogen 15 Pfg.
Zubeziehen durch die Die Volksbuchhandlung, Halle (Saale), Harz 42/43.

Arbeitsmarkt
Einen Ofensetzer sucht *1119 Gustav Olle, Koswig i. Anhalt.

Saubere Frauen und auch Handelsleute, zum Austragen eines Lebensmittelartikels zu sofort gesucht. Können wohnen in Halle, näherer und weiterer Umgebung. Nachweislich guter Verdienst. Offerten sofort unt. V. H. 269 an die Expep. d. Bl. 2275

Für Kanada werd. zahlreiche tüchtige Kohlenhauer, Schlepper, Tagelöhner, einige Maschinenschlosser (perfekte Dreher Vorzug), Heizer für dauernd aufgenommen. Hohe Löhne. Bei Landung in Kanada kein Geld vorzuzeigen. — Aufnahme ohne Gebührenzahlung durch Agentur „The Transatlantic", 453. Strand, London *937 (England).

Abbruch! 2284
In der Moritzburg am Paradeplatz sind weg. Räumung d. Platzes sofort billig zu verkaufen:
50 Sparren (bis 13 m Länge), 101 Balken (bis 13 m Länge), Bretter, Bohlen, gerade Treppen, Läden und Brennholz in Fuhren u. Körben, 5000 Dachziegel für Töpfer.

4 Billards und 1 Turniertisch, fast neu (Lange-Hannover) sehr preiswert zu verk. Offerten u. V. H. 268 a. d. Expd. d. Bl. 2249

Guterhaltener Kinderwagen preiswert zu verkaufen. Zu erfr. Fichtestraße 6 bei Friedrich. 2277

2289 Reisetaschen a. gutem Rindled. sehr billig. C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Der Weg zur Macht von Karl Kautsky. Preis 50 Pfennig. Die Volksbuchhandlung. Harz 42/43.

Warnung.

Außer der bisherigen runden Art des Ungeziefermittels „Fliegentöter Mucki" wird jetzt eine viereckige in den Handel gebracht. Das Mittel, vor dessen Ankauf hierdurch gewarnt wird, enthält in jedem Stück mehr als das Vierfache der Arsenmenge (10 mg), die nach § 18 Abs. 2 der Ministerial-Polizeiverordnung vom 22. Febr. 1906 über den Handel m. Giften höchstens in Fliegenpapieren enthalten sein darf.

Der „Fliegentöter Mucki" darf daher wegen seines hohen Arsengehaltes überhaupt nicht feilgehalten, verkauft oder abgegeben werden.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 22 der genannten Verordnung, soweit in den bestehenden Gesetzen nicht höhere Strafen vorgesehen sind, nach § 367,5 des Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.

Halle, den 11. Juni 1913.

(P) Die Polizeiverwaltung.

Ernst Haeckel
Volksausgabe. Preis 1 M. empfiehlt
Volksbuchhandlung Halle a. S.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 12. Juli.

Eheschließungen: Weichenstell. Werquin und Olga Nerre (Kitzendorf und Dieskauerstr. 7). Lehrer Schlothauer u. Gertrud Riederich (Berlin-Schöneberg u. Thomasiusstraße 7). Arbeiter Ohlendorf und Marie Frenzel (Krukenbergstr. 9). Kaufmann Kopp u. Helene Hanfland (Thomasiusstr. 8 und Germerstraße 6). Schweizer Fuhrmeister u. Friederike Post (Alt. Markt 16). Kunstmaler Körner und Minna Zornemann (Streiberstraße 34 und Lindenstr. 51). Lagerhalter Rauch und Martha Ballas (Meierstr. 5 und Zenkerstraße 4). Installateur Schöllner und Martha Hartkopf (Jakobstr. 25 u. Taubenstraße 3). Buchhalter Knoch u. Marie Letsch (Stralsund und Landsbergerstr. 6).

Geboren: Arbeiter Duma aus Heringen S. (Klinik). Inspektor Rauch S. (Humboldstr. 44). Geschirrführer Wilke Tcht. (Langestraße 6). Kaufmann Delgarth S. (Gräfestr. 10).

Gestorben: Vorarbeits. Böhme aus Obhausen T., 1 Tag (Klinik). Geschirrführers Mikolajewsky S., 9 Mon. (Schmiedestraße 25). Geschirrführers Winckler T. 9 Mon., (Unterberg 15). Arbeiters Spring Ehefrau, Martha geb. Büttner, 28 J. (Liebknauerstr. 14). Bäcker und Konditor Arster S., 3 Mon. (Landsbergerstr. 62).

14. Juli:

Aufgeboten: Bürovorsteher Koch und Klara Sandau (Anhaltestr. 5 und Friesenstraße 6). Kaufmann Rafael und Sophie Lichtenstein (Halle und Kiel). Bahnarbeiter Becker und L. Damm (Halle und Wetternessa). Reisende Lichtenstein und A. Streuber (Halle u. Landsberg). Eisendreher Schaaf und E. Kögel (Siersleben). Musiker Güldenbeck und M. Heine (Hannover und Uelzen). Brennerei-Verwalter Wolf und M. Böge (Klein-Jeleritz und Bennstedt).

Eheschließungen: Bürodiätar Winkler und Berta Kitzing (Eisleben und Ilbersdorf). Kaufmann Wolter und Margarete Düsterbeck (Steinweg 19a u. Friedrichstr. 65). Maurer Schneider und Maria Börschk. (Tholuckstraße 4). Zoll-Sekretär Matthey und Gertrud Eisfeder (Langensalza und Mansfelderstraße 12).

Geboren: Magistrats-Büroghilfen Witte T. (Oendorferstr. 7). Oberkellner Blaszczek T. (Martinstraße 7). Kaufmanns Kallenberg T. (Flottwellstr. 22). Bierfahrer Ullrich S. (Jakobstr. 44). Arbeiter Kolbe T. (Jakobstr. 41). Maler Schumann T. (Pfännerhöhe 35). Restaurateur Schmidt S. (Liebenauerstr. 157). Hausdiener Simroth Sohn (Königstr. 29).

Gestorben: Assistenten Lünke S., 1 J. (Lerchenfeldstraße 23). Privatmanns Kalchner Ehefrau Pauline geb. Linke, 75 J. (Barkstraße 2). Arbeiter Schulze S., 3 Mon. (Torstraße 24). Rentner Möritz aus Bitterfeld, 81 Jahre (Klinik). Arbeiter Büchöl aus Wörmlitz, 70 J. (Klinik). Arbeiters Schmager Ehefrau Toska geborene Schlegel, 55 J. (Ludwig Wuchererstraße 61). Dieners Letich S., 4 Mon. (Beesenerstr. 2). Witwe Schulze geborene Winkler, 71 J. (Rudolf Hammstraße 32). Arbeiters Möbius S., 1 Jahr (Bäckerstraße 1). Eisenbahnschaffner Köhler, 38 J. (Jakobstraße 26). Kaufmanns Rombold T., 1 Monat (Weidenplan 4). Dieners Simroth Sohn, 2 Tage (Königstraße 29). Kaufmann Meße, 61 J. (Ludwigstraße 21).

Sage allen, die mir und meiner Familie während meiner Strafverbüßung Unterstützung angedeihen ließen, hiermit besten Dank.
*1131 Otto Wolf, Rietleben.

Sonntag abend 9 Uhr verschied nach kurzem, schwerem Leiden, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Schwägerin, Frau
Toska Schmager geb. Schlegel,
im Alter von 56 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Wilh. Schmager u. Kinder.
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 1/3 Uhr von der Leichenhalle des Nordfriedhofes aus statt. 2279

Die Beerdigung meiner lieben Frau findet Mittwoch, d. 16. Juli, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt.
2280 Friedrich Mädler.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191307 16/fragment/page=0008